



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Vom Demokratiemotor zur ambivalenten Ressource: Emanzipative
Selbstentfaltungswerte und ihre Operationalisierung im European Values Survey

Zwischen Emanzipation und Entfremdung: Eine kontextuelle und
reformorientierte Kritik des Emancipative Values Index

verfasst von | submitted by

Thimo Johannes Rohlfes

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Assoz. Prof. Gregor Fabio Wolkenstein Ph.D.

Abstract

Die Arbeit untersucht kritisch das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte (ESW) und deren Operationalisierung im Emancipative Value Index (EVI) von Welzel und Inglehart. Im Zentrum steht die Diskrepanz zwischen kontinuierlich steigenden ESW-Werten und zugleich zunehmenden antidemokratischen Entwicklungen in Europa. Die Analyse zeigt, dass die ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung historisch prodemokratische Wirkungen entfalteten, heute jedoch ambivalente Effekte auf demokratische Prozesse haben. Strukturelle Vorbedingungen, kulturelle Individualisierung und moralischer Konformitätsdruck begrenzen ihre prodemokratische Wirkung. Der EVI erweist sich als zu normativ und unzureichend kontextualisiert. Deswegen wird eine Neu-Operationalisierung vorgeschlagen, die die ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung präzisiert und um kollektive Dimensionen wie Gemeinwohlorientierung, Anerkennung und Respekt erweitert.

The thesis offers a critical examination of the concept of emancipative self-expression values (ESW) and their operationalization in Welzel and Inglehart's Emancipative Values Index (EVI). It centres on the discrepancy between steadily rising ESW-Scores and, simultaneously, mounting anti-democratic developments in Europe. The analysis shows that, while the ESW categories autonomy and voice/participation historically exerted pro-democratic effects, they now display ambivalent impacts on democratic processes. Structural preconditions, cultural individualization and moral conformity pressures constrain their pro-democratic force. The EVI proves overly normative and insufficiently contextualized. The study therefore proposes a re-operationalization that refines the ESW categories of autonomy and participation and expands them to include collective dimensions such as orientation to the common good, recognition, and respect.

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Emanzipative Selbstentfaltungswerte (ESW) und Demokratisierungsprozesse.....	6
2.1	Definitionen und Kernelemente der emanzipativen Selbstentfaltungswerte (ESW)	7
2.2	Entwicklungslinien: Von Überlebenswerten zu Selbstentfaltungswerten	10
2.3	Zusammenhänge zwischen den ESW und Demokratisierungsprozessen	14
2.4	European Values Study	17
2.5	Warum die ESW als demokratischer Indikator nicht ausreichen.....	21
3.	ESW zwischen emanzipatorischem Potenzial und antidemokratischer Aneignung.....	24
3.1	Mehr ESW bedeutet nicht automatisch mehr Demokratie.....	25
3.2	Kontextuelle Bedingungen und strukturelle Ursachen	27
3.2.1	Sozioökonomische Voraussetzungen und materielle Unsicherheit	27
3.2.2	Kulturelle Individualisierung ist nicht demokratische Partizipation	29
3.3	Moralischer Rigorismus und Konformitätsdruck.....	33
3.4	Krise der liberalen Demokratie, nicht der elektoralen Demokratie	36
4.	Reformvorschläge für den Emancipative Values Index	38
5.	Fazit.....	42
	Literaturverzeichnis	44

1. Einleitung

In den europäischen Demokratien nehmen politische Spannungen und gesellschaftliche Polarisierung zu. Antidemokratische Bewegungen und Parteien gewinnen an Einfluss und Wählerstimmen, während demokratische Bewegungen und Institutionen weltweit unter Druck geraten und liberale Errungenschaften zunehmend infrage gestellt werden (vgl. Schäfer & Zürn 2021; Manow 2024; Welzer 2025). Diese Entwicklungen stehen im Widerspruch zu einem seit Jahrzehnten statistisch beobachteten Wertewandel hin zu mehr individueller Freiheit, Gleichberechtigung und Mitbestimmung, der als kulturelle Ressource und Vorbedingung für stabile Demokratien gilt (vgl. Welzel 2013; Welzel 2021). Gerade dieser Widerspruch zwischen steigenden emanzipativen Selbstentfaltungswerten und gleichzeitiger demokratischer Regression macht deutlich, wie elementar eine Neubewertung gängiger theoretischer Annahmen und Messinstrumente ist.

Seit den 1980er-Jahren lässt sich in vielen europäischen Gesellschaften ein bemerkenswerter Wandel beobachten: Emanzipative Selbstentfaltungswerte (ESW) gewinnen in den europäischen, demokratischen Gesellschaften kontinuierlich an Bedeutung (vgl. Welzel 2021; Welzel, Kruse & Brunkert 2022; EVS 2022). Dieser Wertewandel markiert einen Übergang von Sicherheits- zu emanzipativen Selbstentfaltungswerten. Ein hohes Maß an ESW in der Bevölkerung gilt als ein zentrales Element moderner Demokratien. Das ESW-Konzept baut auf der Basis der Modernisierungstheorie auf. Diese beschreibt die Wechselwirkung von ökonomischem Wachstum, steigender Bildung und kulturellen Veränderungen, die für die liberale Demokratie entscheidend sind. Dadurch entsteht ein höherer Lebensstandard, der die Priorisierung von Selbstentfaltungswerten fördert und damit die liberalen Demokratien stabilisiert (vgl. Inglehart & Welzel 2005).

Auf dieser theoretischen Grundlage entwickelten Welzel und Inglehart den Emancipative Values Index (EVI), der die ESW auf Basis von Daten der European Values Study (EVS) erfasst. Der Index umfasst die vier ESW-Kategorien Wahlfreiheit, Gleichheit, Mitbestimmung und Autonomie. Damit steht ein standardisierter, international vergleichbarer Messwert zur Verfügung, der zeigt, dass ESW in europäischen Gesellschaften seit Jahrzehnten kontinuierlich zunehmen (vgl. EVS 2022a; Welzel 2013; Inglehart & Welzel 2005). Aus diesen Daten leiten Welzel et al. die These ab, dass die (europäische) Zukunft demokratisch sei und die liberale Demokratie von den Bürger:innen zunehmend gestützt werde (vgl. Welzel 2021; Welzel, Kruse & Brunkert 2022).

Aktuelle Entwicklungen zeigen eine gegenläufige Tendenz: Trotz steigender Zustimmung zu Autonomie und Mitbestimmung geraten demokratische Institutionen unter Druck. Führende Wissenschaftler:innen sind überzeugt, dass viele westliche Demokratien in den letzten Jahren von progressiv auf reaktionär gekippt sind (vgl. Welzer 2025; Piketty & Sandel 2025: S. 9–17). Mitter (2025: 62–65) geht davon aus, dass liberale, plurale Demokratien in den 2030er-Jahren weltweit eine kleine Minderheit aller Regime darstellen werden. Obwohl die Modernisierungstheorie einen stabilisierenden Effekt des Wertewandels prognostiziert, zeigt sich somit ein widersprüchliches Bild. Daraus ergibt sich die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit:

Greift das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte zu kurz, um aktuelle antidemokratische Entwicklungen zu erklären?

Gesellschaftlich relevant ist das Forschungsproblem, da hohe Zustimmungswerte zu Autonomie und Mitbestimmung nicht automatisch stabile demokratische Strukturen hervorbringen. Das Verständnis dieser Werte ist für unser gesellschaftliches Zusammenleben aber zentral (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; Cooper 2017). Die wissenschaftliche Relevanz ergibt sich durch die Stellung des EVI als zentralem Messinstrument der Demokratieforschung, dessen Aussagekraft für die Analyse aktueller antidemokratischer Entwicklungen bislang kaum hinterfragt wurde. Mit der kritischen Analyse der Operationalisierung von Autonomie und Mitbestimmung leistet diese Arbeit einen Beitrag zur Überprüfung theoretischer Annahmen der emanzipativen Selbstentfaltungswerte und zur Weiterentwicklung empirischer Messungen demokratischer Werte.

Aktuelle Studien zeigen, dass insbesondere hohe Autonomie- und Mitbestimmungswerte auch antidemokratisch gedeutet werden können (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; Sokolov 2018; Hoffmann-Lange 2024). Der Kern der Analyse liegt in dieser Umdeutung. Die Arbeit verfolgt das Ziel, die theoretischen Grundlagen und die empirische Tragfähigkeit des ESW-Konzepts kritisch zu überprüfen. Die Arbeit untersucht daher, ob der EVI tatsächlich prodemokratische Wirkungen abbildet oder ob seine Kategorien zu kurz greifen.

Zuerst werden die emanzipativen Selbstentfaltungswerte und ihre prodemokratische Wirkung in Kapitel 2 dargestellt. Dabei werden zunächst die ESW und zentrale Begriffe definiert (2.1), deren historische Entwicklungslinien (2.2) sowie theoretische und empirische Zusammenhänge zwischen den ESW und Demokratisierungsprozessen (2.3) aufgezeigt. Kapitel 2.4 erklärt die zentrale European Values Study (EVS) mit dem Messinstrument des Emancipative Value Index, bevor darauf aufbauend in Kapitel 2.5 aufgezeigt wird, warum die aktuelle Konzeption

der ESW zu kurz greift, um aktuelle antidemokratische Entwicklungen in Europa erklären zu können.

Kapitel 3 diskutiert die ambivalente Wirkung der ESW zwischen emanzipatorischem Potenzial und antidemokratischer Aneignung. Dabei werden zuerst die Grenzen der Annahme diskutiert, dass eine kontinuierliche ESW-Steigerung zu einer (weiteren) Konsolidierung der Demokratie führe (3.1). Zum anderen werden die kontextuellen Bedingungen und strukturellen Ursachen (3.2) beleuchtet, die hinter diesen Zusammenhängen stehen. Darüber hinaus wird der Erklärungsansatz des moralischen Rigorismus und Konformitätsdrucks der ESW eingebracht (3.3), bevor abschließend die Krise der liberalen Demokratie als Krise der liberalen Demokratie, nicht der Demokratie an sich (3.4), analysiert wird. Aufbauend auf diesen Befunden präsentiert Kapitel 4 Reformvorschläge zur Weiterentwicklung des EVI (wie eine Dimension der Anerkennung und Würde), bevor in Kapitel 5 die Ergebnisse zusammengefasst und Möglichkeiten zur Anschlussforschung angeführt werden.

2. Emanzipative Selbstentfaltungswerte (ESW) und Demokratisierungsprozesse

Wie in der Einleitung beschrieben, werden die zentralen Begrifflichkeiten „emanzipativ“, „Selbstentfaltungswerte“, „liberal“, „demokratisch“ und „antidemokratisch“ für diese Arbeit erläutert und definiert. Verwandte Wertkonzepte wie der Postmaterialismus werden in Abgrenzung zu den ESW vorgestellt. Dadurch wird die spezifische Bedeutung der ESW für prodemokratische Transformationsprozesse unterstrichen und eine theoretisch-konzeptionelle Grundlage für diese Arbeit geschaffen. Insbesondere aktuelle, empirische Studien von Welzel (2021) und Welzel, Kruse und Brunkert (2022) argumentieren, dass die Zukunft weiterhin demokratisch sei. Diese und weitere Studien werden zur Erklärung der Forschungsrelevanz und zur kritischen Reflexion des Forschungsstandes herangezogen, um die bestehende Forschungslücke zwischen der Steigerung von emanzipativen Werten und der gleichzeitigen Zunahme von antidemokratischen Stimmungen und Parteien zu skizzieren (vgl. Welzel 2021: 147; Welzel, Kruse & Brunkert 2022: 161–163).

Diese theoretisch-konzeptionelle Arbeit grenzt sich bewusst von einem generellen Konzeptvergleich zwischen liberaler Demokratie und dem Emanzipative Values Index ab. Kern der Analyse ist nicht die Bewertung und der Vergleich der beiden Konzepte. Vielmehr soll die selektive Nutzung oder antidemokratische Umdeutung der als prodemokratisch geltenden ESW-Kategorien und -werte durch antidemokratische Akteur:innen untersucht werden. Neben der allgemeinen Kritik der ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung konzentriert sich

die Argumentation auch auf neoliberale und antidemokratische Umdeutungen der emanzipativen Selbstentfaltungswerte.

2.1 Definitionen und Kernelemente der emanzipativen Selbstentfaltungswerte (ESW)

Der Begriff der emanzipativen Selbstentfaltungswerte (ESW) ist theoretisch aufgeladen und normativ voraussetzungsreich. Um Missverständnissen und verkürzten Deutungen vorzubeugen, wird in diesem Abschnitt systematisch geklärt, was unter ESW zu verstehen ist, welche Werte konkret erfasst werden und wie das ESW-Konzept für diese Arbeit definiert ist. Emanzipative Werte werden als Werthaltungen definiert, die individuelle Autonomie, Gleichheit, Wahlfreiheit und gesellschaftliche Mitbestimmung betonen und als kulturelle Ressource demokratischer Gesellschaften gelten (vgl. Welzel 2013: 2–4). Die Entwicklung der emanzipativen Selbstentfaltungswerte steht im engen Kontext von sozioökonomischen Wohlstandsgewinnen, zunehmender materieller Sicherheit und einem steigenden Bildungsniveau. Als Folge dieser Bedingungen gelten die ESW als Übergang von Überlebens- und Sicherheitswerten hin zu emanzipativen Selbstentfaltungswerten (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 138–140).

Inglehart beschreibt dies als „silent revolution“: die Postmoderne bringe eine Abkehr von traditionellen Werten wie Religion, Sicherheit und Familie hin zu Werten wie Diversität, Selbstentfaltung und Lebensqualität (vgl. Inglehart 1997: 20–25). Inglehart ist politikwissenschaftlicher Grundlagenforscher des emanzipativen Wertewandels und bezeichnete diesen als Übergang vom Materialismus zum Postmaterialismus. Zentrale Ziele der Silent Revolution hin zu postmateriellen Werten sind Umweltschutz, Gleichstellung von Frauen und Minderheiten, Frieden, internationale Kooperation sowie Bürgerrechte und individuelle Selbstverwirklichung. Heutzutage prägen diese Werte viele liberale Institutionen von (westlichen) Demokratien. Die Gegenreaktion auf diesen Wertewandel wird als „Silent Counter Revolution“ bezeichnet: eine Rückorientierung auf traditionelle, normativ-kulturelle Ordnungsvorstellungen (vgl. Bale & Kaltwasser 2021: 19–33; Norris & Inglehart 2019: 5–20).

Inglehart und Welzel definieren drei Kernelemente der Emanzipation. Erstens Handlungsressourcen, die die gesellschaftlichen Bedingungen der persönlichen Freiheit ermöglichen. Zweitens emanzipative Werte, die individuelle und kollektive Freiheiten betonen, und drittens bürgerliche Rechte, die diese rechtlich absichern. Der Emanzipation zugrunde liegen demnach die Kategorien der emanzipativen Selbstentfaltungswerte: Autonomie,

Wahlfreiheit, Gleichheit und Mitbestimmung. Diese vier Überbegriffe sind die zentrale Definition der ESW (vgl. Welzel 2013; Inglehart & Welzel 2005).

Die ESW-Kategorie Autonomie steht für die individuelle Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit, den eigenen Lebensweg autonom gestalten zu können. Die Kategorie Gleichheit steht für soziale Gerechtigkeit, während die Kategorie Wahlfreiheit für die Möglichkeit, selbstbestimmte Entscheidungen über zentrale Lebensbereiche wie Sexualität, Partnerschaft und Berufswahl treffen zu können. Die vierte ESW-Kategorie (politische) Stimme bezeichnet die individuelle Möglichkeit, Einfluss auf die Gesellschaft ausüben zu können und aktiv an gesellschaftlichen wie politischen Entscheidungsprozessen mitwirken zu können (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 139–140; Welzel 2013: 5–7). Diese vier ESW-Kategorien werden im European Values Survey (EVS) durch je drei eigene Fragen im Emancipative Values Index operationalisiert. Eine detaillierte Erläuterung des Surveys folgt in Kapitel 2.4 (vgl. Welzel 2013: 59–62).

Liberal bzw. der Liberalismus ist für die Konzeption der ESW wie für die Demokratie wesentlich. In der politischen Demokratietheorie Europas wird Demokratie meist als liberal definiert. Viele Politikwissenschaftler:innen argumentieren, dass ein demokratischer Staat ohne diese liberale Komponente nicht existieren kann. Im führenden Expertensurvey V-Dem (Varieties of Democracy), der weltweit den Zustand und die Qualität von Demokratien anhand zahlreicher Indikatoren wie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Gewaltenteilung erfasst, ist der liberale Index für die Messung der Demokratiequalität der meistrezipierte. Allerdings werden im Unterschied zu V-Dem, bei dem wenige Experten pro Land befragt werden, beim European Values Survey regelmäßig repräsentative Bevölkerungsumfragen zu den demokratischen Wertvorstellungen erhoben (vgl. Manow 2024: 13, 26, 37, 109, 181).

Für Schäfer und Zürn ist die Durchsetzung eines dreifachen Liberalismus für die Demokratie zentral: Individuelle Rechte, internationale Regeln und freie Märkte seien das liberale Element demokratischer Gesellschaften (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 18). Ohne liberale Institutionen und Individualrechte kann es für die meisten Demokratietheoretiker keine liberale Demokratie und damit faktisch keine demokratische Staatsordnung geben (vgl. Wilde et al. 2019: 3–17).

„Demokratisch“ bzw. die „Demokratie“ ist ein mehrdeutiger und politisch umkämpfter Begriff, der keine einheitliche Definition besitzt. Die demokratische Definition mit Fokus auf die elektorale Demokratie ist primär auf die Möglichkeit des Regimewechsels durch freie Wahlen beschränkt (vgl. Manow 2024: 15, 33, 126). Der Begriff „demokratisch“ wird in dieser Arbeit

nicht als Minimaldefinition verstanden, sondern vielmehr als politisch-normativer Ordnungsbegriff, der kollektive Selbstbestimmung, politische Teilhabe und gleiche Rechte für alle Mitglieder einer Gesellschaft umfasst.

Diese Vorstellung von Demokratie als Gesellschaftsordnung, in der alle Bürger gleichberechtigt an der Gestaltung der politischen Ordnung mitwirken können, wird in der politischen Theorie meist als liberale Demokratie (im Gegensatz zur elektoralen Demokratie) verstanden. Auch der ESW-Index von Inglehart und Welzel setzt implizit liberale Demokratieelemente wie Gewaltenteilung, Rechts- und Minderheitenschutz voraus (vgl. Inglehart 1997; Randahl 2025: 5–13).

Allerdings ist eine demokratische Einstellung nicht zwingend automatisch mit liberalen Werten gleichzusetzen, da diese Definition beispielsweise soziale Gleichheit als materielle Voraussetzung für Teilhabe oder kulturelle Zugehörigkeit und Anerkennung vernachlässigen kann. Schließlich sind liberale, nichtmajoritäre Institutionen nicht demokratisch legitimiert und haben meist eine starke pro-kosmopolitische Ausrichtung (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 21, 195). Eine enge Definition von Demokratie, die sich allein auf liberale Institutionen bezieht, läuft somit Gefahr, Liberalismus mit Demokratie gleichzusetzen, ohne deren gesellschaftliche Fundamente zu reflektieren. Deshalb wird „demokratisch“ für diese Arbeit als kollektives Projekt politischer Selbstbestimmung verstanden, das über formale Verfahren hinaus auch materielle Absicherung, reale Beteiligungschancen und kulturelle Anerkennung einschließt.

In dieser Arbeit wird „antidemokratisch“ als Gegenbegriff zu „demokratisch“ verwendet. Während „demokratisch“ kollektive Selbstbestimmung, gleiche Teilhabe und institutionell garantierte Rechte meint, bezeichnet „antidemokratisch“ Einstellungen und Praktiken, die diese Grundlagen zurückweisen oder untergraben (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 121–133; Manow 2024: 23–28). Damit wird nicht nur auf rechtsextreme oder autoritär-populistische Strömungen verwiesen, sondern allgemein auf Dynamiken, die Pluralismus, Gewaltenteilung oder politische Gleichheit aushöhlen.

Der Begriff ist bewusst weiter gefasst als „rechtspopulistisch“ oder „rechtsautoritäre Bewegungen“. Antidemokratische Muster können auch aus libertären, neoliberalen oder moralisch-konformistischen Strömungen entstehen. Amlinger und Nachtwey (2022: 39–42; 171–176) zeigen, dass Werte wie Autonomie oder Mitbestimmung selektiv aufgegriffen und autoritär uminterpretiert werden können. Cooper (2017: 46–49, 73) weist zudem auf die neoliberale Umdeutung von Autonomie und Eigenverantwortung hin, die emanzipative Werte in Disziplinierungsnormen verwandeln kann. Antidemokratisch verweist damit auf jede Form

der Aneignung, die den Kern demokratischer Selbstbestimmung schwächt. Dabei ist es irrelevant, aus welchem politischen Spektrum dies stammt.

Durch Wohlstand und Bildung haben die Menschen die Möglichkeit, sich stärker auf emanzipative Werte wie Autonomie und Freiheit zu fokussieren. Diese enge Verbindung der ESW mit intrinsischer Motivation und einer höheren Lebenszufriedenheit haben die Forscher Welzel und Inglehart auch empirisch häufig belegt: Menschen, die mehr Wahlfreiheiten in ihrem Leben wahrnehmen, korrelieren positiv mit einer höheren Lebenszufriedenheit (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 138–141; Welzel 2013: 173–180, 288–289).

Demokratie wird dabei nicht nur als institutionelle Ordnung verstanden, sondern als Ausdruck kultureller Normen, die auf Mitbestimmung, Wahlfreiheit und Gleichheit beruhen (vgl. Welzel 2013: 6–7). Diese Werte gelten als „kulturelle Ressource“ der Demokratie, da sie nicht nur Folge, sondern auch Triebkraft demokratischer Entwicklungen sein können (vgl. Welzel 2021). Die ESW unterscheiden sich von verwandten Konzepten wie Individualismus, Liberalismus oder Postmaterialismus in wesentlichen Aspekten, da die ESW über die individuelle Autonomie hinaus klare Definitionen darüber bieten, welche kulturellen Wertewandel für eine prodemokratische Transformation stehen (vgl. Welzel 2013: 146–150, 175–178; Welzel 2021).

Das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte betont auch soziale Gerechtigkeit, Minderheitenrechte und damit eine generelle Verschiebung von materiellen zu immateriellen Werten anhand demokratierelevanter Indikatoren. Durch diesen spezifischeren Fokus auf demokratische Transformationsprozesse, den damit einhergehenden Wertewandel und die praktikable Arbeitsdefinition können die ESW von anderen Konzepten wie dem Postmaterialismus oder dem kulturellen Individualismus abgegrenzt werden (vgl. Inglehart 1997: 1–18; Welzel & Inglehart 2005: 139–141).

Diese Präzisierung ist jedoch normativ aufgeladen, da sie impliziert, dass Selbstentfaltungswerte automatisch demokratische Orientierungen stützen würden. Kritiker:innen betonen, dass diese Annahme empirisch nicht immer tragfähig sei (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; Norris & Inglehart 2019) und autoritäre Akteure solche Werte selektiv übernehmen oder ideologisch umdeuten können. Damit knüpft diese Arbeit an die Frage an, weshalb sich autoritäre Bewegungen trotz hoher Zustimmung zu Werten wie Autonomie und Gleichheit etablieren können.

2.2 Entwicklungslinien: Von Überlebenswerten zu Selbstentfaltungswerten

Nach der begrifflichen Klärung der ESW ist es zentral, die historische Entwicklung und theoretische Einbettung zu skizzieren. Dies dient dazu, die Entstehung und Verbreitung der emanzipativen Selbstentfaltungswerte im Zeitverlauf zu verorten und zu erklären, inwiefern diese Werte eine prodemokratische Ausrichtung haben. Das Konzept der ESW entstand im Rahmen der Modernisierungstheorie: Der historische Wandel von der Agrargesellschaft über die Industriegesellschaft hin zu postindustriellen Gesellschaften wird als notwendige Vorbedingung für die Entstehung der emanzipativen Selbstentfaltungswerte gesehen. Postindustrielle und postmaterielle Gesellschaften würden demnach eine Emanzipation von Autorität ermöglichen, wodurch die ESW entstehen könnten. Schließlich führe materieller Wohlstand zu neuen, nichtmateriellen Prioritäten in der Gesellschaft (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 26–29; Bale & Kaltwasser 2021: 7–15).

Die klassische Modernisierungstheorie entwickelte sich im Kalten Krieg und dem aufkommenden Menschenrechtsdiskurs. Sie stellte die westlich-liberale Demokratie mit ihrer sozialen Marktwirtschaft als Ideal und anzustrebendes Ziel gesellschaftlicher wie politischer Transformationsprozesse dar. Frühformen der Modernisierungstheorie sind bereits bei Vordenker:innen wie Alexis de Tocqueville, Karl Marx, Max Weber oder Émile Durkheim zu finden (vgl. Pollack 2016: 220–222; Manow 2024: 155). Marx sieht Modernisierung als materiell bedingten Emanzipationsprozess, Weber betont Rationalisierung als Treiber demokratischer Institutionen (vgl. Marx 2013: 11–16). Dabei liefert Weber die Grundlage für die späteren Theorien der funktionalen Differenzierung und damit des Wertewandels: Durch die Betonung der Rationalisierung als zentrales Modernisierungsmerkmal würden Wissenschaft, Bürokratie und Rechtsstaat die Entwicklung von traditionellen zu demokratischen Herrschaftsformen begünstigen (vgl. Weber 1922: 13–18; 35–38; 102–106; Tocqueville 2003).

Die Kombination zusammenhängender Eigenschaften beschreiben auch die ersten Modernisierungstheoretiker wie Daniel Lerner, Seymour Martin Lipset oder Walt Rostow. Diese Autoren argumentieren, dass wirtschaftliches Wachstum, Urbanisierung, Alphabetisierung und Industrialisierung notwendige Voraussetzungen für Demokratisierung seien (vgl. Pollack 2016: 222). Die zentrale Annahme der Theorie ist, dass Gesellschaften universelle Entwicklungsstadien durchlaufen: von traditionellen, agrarisch geprägten Gesellschaften hin zu modernen, industrialisierten Demokratien (vgl. Inglehart 1997: 7–15; Pollack 2016: 220–223). Diese Argumentation baut auf der Bedürfnispyramide von Maslow

auf. Erst bei einer ausreichend materiellen Absicherung gewinnen die postmateriellen Werte wie Autonomie und Wahlfreiheit an Relevanz (vgl. Maslow 1943: 376–383).

Zentral für die Modernisierungstheorie ist dabei die Annahme von Lipset, dass die einzelnen Dimensionen und Entwicklungsstadien nicht isoliert auftreten. Vielmehr steht wirtschaftlicher Fortschritt in einer engen Wechselbeziehung mit der Entstehung und Stabilisierung von Demokratie (vgl. Lipset 1959: 75–83). Klaus Klages bringt mit seiner Theorie der Wertesynthese die Idee ein, Pflicht-, Akzeptanz- und Selbstentfaltungswerte in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen. Dies soll eine stabile und integrationsfähige Wertekonstellation jenseits normativer Extrempositionen ermöglichen (vgl. Hepp 1989).

Lipset (1959: 75) schreibt: "The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy." Damit beschreibt er, dass Modernisierungsfaktoren wie Bildung und Wohlstand zusammenwirken und die demokratische Entwicklung fördern würden. Diese lineare Fortschrittserzählung einer wechselseitigen Steigerung von Modernisierung und Demokratie bildet die Grundlage für die Überlegungen und theoretischen Annahmen von Inglehart und Welzel, deren Konzeption der „Culture Map“ mit ihrem Wertewandel zentral für diese Arbeit ist (Pollack 2016: 222; Lipset 1959: 75-83).

Die Culture Map von Welzel und Inglehart (2005) als Analyseinstrument für einen Wertewandel erfasst zwei Dimensionen: traditionelle im Vergleich zu säkular-rationalen Werten sowie Überlebenswerte im Gegensatz zu Selbstentfaltungswerten. Während die Industrialisierung zu einem Wandel von traditionellen zu säkular-rationalen Werten führte, bewirkte die Postindustrialisierung eine Verschiebung der Wertepriorisierung von Überlebens- zu Selbstentfaltungswerten. Empirisch wird die These unterlegt, dass dieser Wertewandel stark mit sozioökonomischen Entwicklungen und politischer Modernisierung verknüpft sei: Länder wie Schweden oder Deutschland sind auf der „Culture Map“ im Quadranten säkular-rational/Selbstentfaltungswerte eingeordnet, während Länder des globalen Südens oft im Quadranten traditionell/Überlebenswerte liegen (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 50-58).

Christian Welzel entwickelte gemeinsam mit Inglehart das Konzept der „Human Empowerment Sequence“, das als Kernerklärung für die Entwicklung der ESW steht: Durch positive sozioökonomische Entwicklungen entstehen die Selbstentfaltungswerte, die wiederum den demokratischen Transformationsprozess unterstützen. Demokratisierung wiederum festigt den Wohlstand, der eine weitere Ausbreitung der ESW fördert. Diese Entwicklung führt schließlich zu einem sich selbst verstärkenden Kreislauf (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 285–288). Folglich

seien die ESW die kulturelle Ressource der Demokratie, die deren Qualität kontinuierlich steigern würden (vgl. ebd.: 152–154, 296).

Der gesellschaftliche Wertewandel, wie ihn Inglehart im Rahmen der Silent Revolution beschreibt, führt zu einer Neuordnung politischer Konfliktlinien: Die traditionellen sozioökonomischen Gegensätze werden zunehmend durch soziokulturelle Spannungen ergänzt. Im Zentrum steht dabei der Gegensatz zwischen libertären, postmaterialistisch orientierten Milieus und autoritär-traditionalistischen Gruppen (vgl. Inglehart & Norris 2019: 4–7). In diesem Spannungsfeld entstehen neue politische Cleavages, etwa zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus oder zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 21). Auch neue Parteien wie die Grünen oder linkslibertäre Bewegungen lassen sich als Ausdruck dieser postmaterialistischen Werteververschiebung deuten (vgl. Inglehart 1997: 190–194).

Neben der Modernisierungstheorie und dem Wertewandel-Konzept von Inglehart und Welzel stellt die Modernisierungsverlierer-These einen weiteren zentralen Erklärungsansatz dar, um gegenläufige politische Entwicklungen wie den Aufstieg autoritärer Bewegungen trotz hoher ESW-Niveaus zu verstehen. Diese Entwicklungen können im Kontext der Modernisierungsverlierer-Theorie (MVT) interpretiert werden. Diese besagt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen politisch, die sich aufgrund kulturelle und ökonomische Umbrüche an den Rand gedrängt sehen, sich politisch entfremden. Zentral ist dabei die Annahme, dass Modernisierungsprozesse Gewinner und Verlierer hervorbringen, wobei letztere häufiger antidemokratische Parteien unterstützen (vgl. Spier 2010: 56; Ulbricht 2020: 266).

Diese „Verlierer“ erleben subjektive Deprivationserfahrungen und reagieren auf wahrgenommene soziale Abwertung mit der Hinwendung zu antidemokratischen Parteien wie der AfD oder der FPÖ, die eine subjektive Statusaufwertung und einfache Antworten auf komplexe Probleme versprechen (vgl. Ulbricht 2020: 60–62). Empirisch zeigt sich dies u. a. in den Analysen von Lux (2018), der anhand ALLBUS-Daten belegt, dass Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und starker Verlustangst eine signifikant höhere AfD-Zustimmung zeigen. Auch Rippl und Seipel (2018: 246–249) bestätigen, dass sowohl sozioökonomische als auch subjektiv empfundene Verlusterfahrungen die Wahl antidemokratischer Parteien begünstigen. Die MVT liefert damit einen theoretischen Rahmen, um die wachsende gesellschaftliche Polarisierung entlang kultureller und ökonomischer Konfliktlinien zu verstehen.

2.3 Zusammenhänge zwischen den ESW und Demokratisierungsprozessen

Emanzipative Werte wie Autonomie, Mitbestimmung, Gleichheit und Wahlfreiheit gelten als normative Grundpfeiler und kulturelle Ressource demokratischer Gesellschaften. Im folgenden Kapitel wird daher beleuchtet, welche Rolle diese Werte in historischen und aktuellen Demokratisierungsprozessen empirisch einnehmen und wie stark sie mit demokratischer Stabilität korrelieren. Historisch betrachtet bilden die emanzipativen Selbstentfaltungswerte die Grundlage demokratischer Gesellschaften, denn konsolidierte Demokratien in Europa weisen ein hohes Maß an ESW in den Umfragen auf (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 179–186; Kirsch & Welzel 2019: 62–69).

In der Vergangenheit ging der Entstehung von Selbstentfaltungswerten meist ein demokratischer Transformationsprozess voraus. Die vier zentralen ESW-Kategorien Autonomie, Mitbestimmung, Gleichheit und Wahlfreiheit werden historisch als Fundament demokratischer Bewegungen definiert, da sie die Befreiung des Individuums von autoritärer Kontrolle, die Beteiligung an politischen Entscheidungen und die Förderung von Chancengleichheit ermöglichten (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 179–186; Welzel, Kruse & Brunkert 2022: 157–162).

All dies sind inhärent prodemokratische Errungenschaften. Denn „der Wunsch, über das eigene Leben bestimmen zu können, war die kollektive Imagination der bürgerlichen Freiheitsbewegung“ (Amlinger & Nachtwey 2022: 57). Autonomie vor staatlicher Herrschaft, Wahlfreiheit über das eigene Leben und Mitbestimmung bei politischen Sachverhalten waren inhärent prodemokratische Forderungen historischer Freiheitsbewegungen. Langfristig wird die Verbreitung emanzipativer Werte durch Modernisierung und Bildung die Demokratien weltweit auch in Zukunft stärken, selbst in Zeiten von „democratic backsliding“ (vgl. Lührmann & Lindberg 2019: 1098–1105; Wolkenstein 2023: 263–265). Schließlich würden demokratische Transformationsprozesse zyklisch verlaufen, die ESW aber kontinuierlich ansteigen. Folglich würden die tief verwurzelten kulturellen Werte einer Gesellschaft darüber entscheiden, wie gefestigt und liberal die jeweilige Demokratie sein kann (vgl. Welzel 2021: 147; Welzel, Kruse & Brunkert 2022: 161–163).

Im Folgenden werden empirische Erkenntnisse vorgestellt, die den Zusammenhang zwischen ESW und Demokratie untermauern. Aus umfangreichen Daten des World Values Survey

(WVS) und des European Values Survey belegen Inglehart und Welzel, dass ein hoher ESW-Wert signifikant mit der Ausbreitung, Konsolidierung und Qualität von Demokratien zusammenhängt. Insbesondere die Verbindung von wirtschaftlichem Fortschritt, wachsender Bildung und institutioneller Offenheit schafft günstige Bedingungen für die Entwicklung emanzipativer Werte, was wiederum demokratische Prozesse stärkt. Diese Werte sind treibende Kräfte für politische Teilhabe und die demokratische Kontrolle von Macht (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 68–73; vgl. Welzel 2021: 144–147).

Die ESW korrelieren positiv mit der Stabilität von Demokratien, der Achtung der Menschenrechte und der Reformbereitschaft in der Gesellschaft. Außerdem haben Länder mit hohen ESW tendenziell eine höhere politische Partizipation und demokratische Legitimität (vgl. Welzel 2013: 148–150). Durch sozioökonomisches Wachstum angetrieben seien Selbstentfaltungswerte der Schlüssel zur Schaffung und Stabilisierung von effektiven Demokratien (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 68–73). Diese Studien zeigen, dass hohe Werte im EVI mit einem breiteren zivilgesellschaftlichen Engagement, umfassender politischer Toleranz sowie höherer Akzeptanz demokratischer Normen einhergehen. So gewähren die ESW nicht nur mehr Rechte, sondern auch mehr Einfluss auf Entscheidungsprozesse, was das politische System legitimiert (vgl. EVS 2022a; Welzel, Kruse & Brunkert 2022: 157–160).

Langzeitstudien belegen, dass ein hoher EVI-Wert in der Vergangenheit oftmals demokratische Transformationen begleitete oder sogar vorbereitete, wie etwa in Südeuropa in den 1970er-Jahren oder in Mittel- und Osteuropa nach 1990 (vgl. Inglehart & Welzel 2005: 179–186). Zudem würden hohe ESW die demokratische Streitkultur, den politischen Wettbewerb zwischen Ideen und Theorieschulen sowie eine höhere Anerkennung politischer Rivalen als legitime politische Gegner fördern. Sie heben hervor, dass in stabilen Demokratien ein hohes Maß an wechselseitiger Anerkennung politischer Gegner sowie eine funktionierende demokratische Streitkultur vorherrschen. Diese Bedingungen werden auch durch eine hohe Ausprägung der ESW gestützt. Diese Normen seien die „weichen Leitplanken“ der Demokratie und für eine demokratische Gesellschaft essenziell (vgl. Levitsky & Ziblatt 2018: 121–133, 225, 237).

Schäfer und Zürn (2021) definieren Demokratie als kollektive Selbstbestimmung. Die emanzipativen Werte Mitbestimmung, individuelle Rechte und politische Teilhabe sind laut den Autor:innen eine zentrale Ressource bei der Legitimation demokratischer Verfahren. So war das Konzept individueller Rechte ab 1975 entscheidend für den Untergang der UdSSR (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 9–14, 43). Auch Piketty und Sandel betonen, dass inklusive Teilhabe

und Mitbestimmung zu mehr sozialer Gerechtigkeit und einem inklusiveren Wohlfahrtsstaat führen und dadurch die Demokratie stärken. Schließlich sei dies eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Chancengleichheit. Die ESW-Themenfelder Autonomie und Mitbestimmung standen am Ursprung der demokratischen USA wie auch zu Beginn der Moderne überhaupt (vgl. Piketty & Sandel 2025: 7–11, 44; Tocqueville 2003).

Gegenläufige empirische Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass emanzipative Werte (ESW) kein zwingender Treiber von Demokratisierung seien, sondern vor allem in etablierten Demokratien stärker ausgeprägt sind. In autokratischen Gesellschaften hätten ESW keine statistisch signifikante Wirkung auf demokratische Transformationsprozesse (vgl. Hoffmann-Lange 2024). Daraus kann abgeleitet werden, dass erst durch die Entwicklung einer Demokratie eine ESW-Steigerung zu mehr Demokratisierung führt. Welzel argumentiert dagegen, dass dies auch in Ländern mit einem anfänglich autoritären politischen Kontext durch Modernisierung und Institutionen langfristig stattfinden könne, was sich positiv auf die Demokratiequalität auswirke (vgl. Welzel 2021: 134).

Entgegen der prognostizierten These, dass sich die Welt im Jahr 2025 in einer Welle der Autokratisierung befinden würde und ein Abstieg der Demokratien zu beobachten wäre, würden objektive Demokratieindikatoren keine globale, demokratische Regression zeigen, sondern vor allem einen Rückgang der liberalen Komponente der Demokratie. Manow (2024) argumentiert, dass Regimewechsel heute überwiegend durch Wahlen initiiert werden, wohingegen sie im 20. Jahrhundert zumeist militärischen Ursprungs waren. Er schlussfolgert, dass die Demokratien des 21. Jahrhunderts widerstandsfähiger seien als bisher angenommen. Folglich würde eine Autokratisierung nur unter sehr speziellen Bedingungen gelingen (vgl. Manow 2024: 77–78, 91, 183).

Somit unterstützt ein hoher Selbstentfaltungswert das Fundament stabiler Demokratien. Auch hier wird deutlich, dass (stabile) Demokratien von einer ESW-Steigerung profitieren würden, aber zuerst die Demokratisierung einer Gesellschaft wesentlich sei, bevor die ESW eine Wirkung entfalten könnten (vgl. Piketty & Sandel 2025: 7–11). Schließlich waren beispielsweise bei demokratischen Transformationsphasen wie der Gründung der USA, der Demokratisierung im Nachkriegseuropa oder der EU-Erweiterung nach 1990 ESW zunächst nur gering ausgeprägt. Erst durch staatliche Demokratisierung ‚von oben‘ wurden sie gestärkt und führten zu einer sukzessiven Steigerung der Demokratiequalität (vgl. EVS 2022a; EVS 2022b; Welzel 2021: 132–138).

Politikwissenschaftler Manow (2024) hebt hervor, dass ESW historisch eng mit dem Schutz individueller Rechte und der Gewaltenteilung in liberalen Demokratien verbunden seien. Er argumentiert, dass die Ideale der Freiheit und Gleichheit kollektive Endziele demokratischer Gesellschaften seien. Liberale Demokratien würden wesentlich auf den ESW aufbauen und von diesen getragen werden (vgl. Manow 2024: 23–28). So sind die ESW ein signifikanter Prädiktor für Protestteilnahmen, und demokratische Qualität wirkt als Katalysator für die Auswirkungen der ESW. Allerdings belegen statistische Ergebnisse, dass die ESW nicht automatisch demokratiefördernd wirken, sondern dass der gesellschaftliche und politische Kontext wesentlich ist (vgl. Wegscheider & Mauk 2025: 403–410). Schließlich war in der Demokratietheorie lange Zeit Konsens, dass reiche und alte Demokratien nicht sterben würden. Diese Annahmen sind aktuell aber fraglich (vgl. Levitsky, Ziblatt & Schmidt 2024: 15).

Folglich sind die Entwicklungen der ESW und die Demokratisierung einer Gesellschaft (bzw. die Konsolidierung demokratischer Gesellschaften) eng miteinander verknüpft und verstärken sich gegenseitig, müssen aber in ihren jeweiligen Kontext gesetzt werden. In konsolidierten Demokratien entfalten ESW ihr stabilisierendes Potenzial besonders stark, während in fragilen oder autoritären Kontexten keine lineare Wirkung nachweisbar ist. Empirische Studien zeigen, dass die demokratische Qualität als Verstärker für die Wirkung der ESW fungiert. Umgekehrt lässt sich dies nicht empirisch nachweisen. Deshalb muss die Analyse emanzipativer Selbstentfaltungswerte stets kontextsensitiv erfolgen. Insbesondere die Berücksichtigung von Institutionen, sozialer Gerechtigkeit, der demokratischen Zufriedenheit sowie der erfahrenen gesellschaftlichen und politischen Anerkennung ist dabei von zentraler Bedeutung (vgl. Wegscheider & Mauk 2025: 403–410).

2.4 European Values Study

Die Untersuchung emanzipativer Werte in demokratischen Gesellschaften erfordert eine fundierte empirische Basis. Dieses Kapitel führt in die zentralen Umfragesurveys European Values Survey (EVS) und World Values Survey (WVS) ein. Es erläutert auch die Konstruktion des Emancipative Values Index (EVI), der als zentrale Messgröße für die kulturellen Grundlagen demokratischer Transformationsprozesse in dieser Arbeit verwendet wird. Der EVS ist eine europäische Langzeitstudie, die in den 1980er-Jahren maßgeblich von Ronald Inglehart und Christian Welzel mitentwickelt wurde und in regelmäßigen Abständen zentrale Einstellungen und Wertorientierungen der europäischen Bevölkerung erhebt. Angefangen mit

15 EU-Ländern wurde die letzte Befragungswelle EVS 5 von 2017 bis 2022 in 47 europäischen Staaten sowie angrenzenden Regionen durchgeführt (vgl. EVS 2022a; Welzel 2013: 162–165).

In jedem Land werden zwischen 1000 und 1500 Teilnehmende befragt, um repräsentative Länderdaten generieren zu können. Die Erhebung, Aufbereitung und Dokumentation der EVS-Daten erfolgt in enger Kooperation zwischen der EVS-Foundation (Tilburg University) und dem GESIS (beim Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften ansässig). GESIS archiviert, harmonisiert und stellt die Daten kostenfrei zur Verfügung. Die aktuelle EVS 6 ist in Planung und soll von 2026 bis 2028 in allen teilnehmenden Ländern durchgeführt werden. Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur EVS-Operationalisierung leisten, bevor die nächste Befragungswelle im Jahr 2026 startet (vgl. EVS 2022a; Welzel 2013: 162–165).

Die abgefragten Inhalte beziehen sich auf Vorstellungen über Familie, Religion und Heimat, das eigene Leben, Arbeit und Arbeitsumfeld, Freizeitgestaltung, Politik und Gesellschaft, Umwelt, Lebenserfahrungen und moralische Grundhaltungen. Der EVS wird dabei in jedem Land gleich durchgeführt. Dadurch können Wertunterschiede und Wertgemeinschaften in Bevölkerungsteilen auf nationaler wie europäischer Ebene untersucht werden. Zudem ermöglicht die Langzeitstudie, Veränderungen der Werthaltungen und Einstellungen im Zeitverlauf zu erfassen. Dabei steht der Wertewandel im Fokus, der auch für diese Arbeit von wesentlicher Bedeutung ist. Der Wertewandel wird für einzelne Bevölkerungsgruppen, für Nationalstaaten sowie für Regionen erfasst und liefert damit den umfangreichsten Datensatz zum europäischen Wertewandel (vgl. EVS 2022a; Inglehart & Welzel 2005: 152–154; Welzel 2013: 158–162).

Der World Values Survey (WVS), der methodisch und konzeptuell aus dem EVS hervorging und auf diesem aufbaut, erweitert das EVS-Konzept weltweit und wird in über 90 Ländern durchgeführt. Der Wertewandel hin zu kulturellen Werten, politischer Partizipation, Religion, Moral und Globalisierung wird dadurch empirisch erfasst. Dieser Datensatz ist die größte Sammlung zu Werten und ihrem Wandel weltweit. Der EVS und der WVS bilden die empirische Basis und liefern die Datengrundlage für zentrale Konzepte wie die Culture Map, die Human Development Sequence sowie die Operationalisierung der emanzipativen Selbstentfaltungswerte (vgl. Welzel 2013: 158–162).

Die ESW werden durch den Emancipative Values Index (EVI) operationalisiert, der aus 12 Einzelfragen zu den vier ESW-Subindizes Autonomie, Wahlfreiheit, Gleichheit und Mitbestimmung gebildet wird. Für die Kategorie Autonomie wird erfasst, inwiefern Befragte

Unabhängigkeit und Kreativität als wünschenswerte Eigenschaften bei Kindern sehen und Gehorsam ablehnen. Wahlfreiheit wird durch Fragen zur (Nicht-)Akzeptanz von Scheidungen, Abtreibungen und Homosexualität operationalisiert. Der Subindex Gleichheit wird anhand des Ausmaßes von Geschlechtergerechtigkeit im jeweiligen Land gebildet: Die Teilnehmenden werden gefragt, inwiefern sie traditionelle Geschlechterrollen in Bildung und die männliche Vorrangstellung in Beruf und Politik ablehnen. Der Subindex Mitbestimmung wird anhand von Fragen nach der subjektiven Bedeutung von Meinungsfreiheit, Bürgerbeteiligung und (politischem) Einfluss im Alltag erstellt (vgl. Welzel 2013: 158–163; EVS 2022a).

Diese vier Subindizes werden anschließend zu einem Gesamtwert aggregiert, der den EVI bildet und so das Ausmaß sowie die Entwicklung emanzipativer Selbstentfaltungswerte in einer Gesellschaft quantifiziert. Dabei variieren die aggregierten Werte zwischen 0 und 1, wobei höhere Werte auf stärker ausgeprägte ESW hindeuten. Die skandinavischen Länder und Benelux-Staaten haben mit 0,90 die höchsten ESW, gefolgt von Frankreich und Deutschland mit einem Wert von jeweils 0,85. Österreich weist einen ESW von 0,82 auf.

Im Verlauf der fünf Erhebungswellen der European Values Study (EVS) zeigt sich in Deutschland ein konstanter Anstieg zentraler Werteindikatoren, etwa in der Zustimmung zur Demokratie, der Bedeutung individueller Selbstentfaltung sowie gesellschaftlicher Toleranz. Auch in Österreich lässt sich ab den 1990er-Jahren eine vergleichbare Entwicklung beobachten, die sich in einer deutlich stärkeren Ausprägung postmaterialistischer und liberal-demokratischer Einstellungen niederschlägt. Auch auf gesamteuropäischer Ebene ist ein klarer Trend hin zu offeneren und pluralistischeren Wertorientierungen zu beobachten, wobei vor allem nordeuropäische Länder wie Schweden und Norwegen sowie die Niederlande konstant hohe Werte in Bereichen wie gesellschaftlicher Toleranz und immateriellen Wertvorstellungen erreichen (vgl. EVS 2022a; EVS 2022b). Insgesamt haben sich die Werte in Europa seit 1980 stetig weiterentwickelt und zählen heute zu den höchsten weltweit, was den tiefgreifenden kulturellen Wandel hin zu postmateriellen Wertevorstellungen unterstreicht (vgl. Welzel 2013: 158–165; EVS 2022b; WVS 2015).

Der Emancipative Values Index (EVI) misst nicht die institutionelle Qualität demokratischer Systeme, sondern deren kulturelle Voraussetzungen für Partizipation und Selbstbestimmung. Gerade aus diesem Grund ist er für diese Arbeit zentral und klar von anderen Demokratieindizes wie V-Dem oder Freedom House sowie von anderen Werteumfragen wie dem European Social Survey (ESS) abzugrenzen. Der EVI erfasst kulturelle Orientierungen innerhalb der Bevölkerung, nicht die Verfasstheit demokratischer Institutionen oder Verfahren. Damit

ergänzt das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte jene Demokratie-Indizes, die sich auf institutionelle oder prozedurale Dimensionen konzentrieren. Die meistgenutzten sind Freedom House, V-Dem oder das Democracy Barometer. Diese bewerten vor allem rechtsstaatliche Strukturen, Gewaltenteilung, Qualität und Unabhängigkeit liberaler Institutionen oder Wahlprozesse und basieren auf Expert:inneneinschätzungen, nicht auf repräsentativen Bevölkerungsbefragungen (vgl. EVS 2022a; Hoffmann-Lange 2024).

Dagegen basiert der EVI auf repräsentativen Bevölkerungsumfragen und erfasst normative Werthaltungen der Bürger:innen über die Themenfelder Autonomie, Mitbestimmung, Gleichheit und Wahlfreiheit. Deshalb wird der EVI für diese Arbeit verwendet, da er demokratische Wertkonflikte und Einstellungen unter den Einwohner:innen abfragt und kein Expertensurvey zur demokratischen Qualität ist. Gerade in Zeiten politischer Polarisierung kann er einen wichtigen Beitrag zum Verständnis demokratischer Resilienz leisten (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 28–35; Manow 2024: 167; Inglehart & Welzel 2010).

Im Unterschied zu den demokratischen Expertensurveys und den Wahlbefragungen erhebt der European Social Survey (ESS) wie der EVI repräsentative Bevölkerungsumfragen zu politischen und sozialen Einstellungen in Europa (vgl. ESS ERIC 2025). Seit 2002 wird der ESS alle zwei Jahre in mehr als 30 europäischen Ländern durchgeführt. Wie der EVI ist es ein Langzeitprojekt zur Messung von Einstellungen, Verhaltensmustern und Überzeugungen in Europa. Zentral sind aktuelle politische Meinungen zu Themen wie Demokratiezufriedenheit, Umverteilung, Vertrauen in Institutionen oder Immigration (vgl. Bartels 2023: 10, 18–23).

Dabei werden Stimmungsbilder zu aktuellen Themen oder Problemen erzeugt. Die Umfragen erfassen kurzfristige politische Einstellungen, keine normativen Wertorientierungen wie der EVI. Der ESS bietet keine tiefergehende Analyse der kulturellen Werthaltungen in Europa, die jedoch die Ressource und Vorbedingung demokratischer Partizipation sind (vgl. Bartels 2023: 8–9, 198–199, 221; ESS ERIC 2025).

Bartels (2023) zeigt, dass die ESS-Indikatoren im Zeitverlauf erstaunlich stabil geblieben sind, obwohl sich das jeweilige politische Umfeld stark verändert hat. Deshalb schließt er daraus, dass tiefere Dynamiken für die politischen Veränderungen unterhalb dieser eher kurzfristigen Meinungsbilder liegen müssten (vgl. Bartels 2023: 10, 19–20, 93, 218–219). Der ESS misst zwar Vertrauen und Zufriedenheit mit der Demokratie. Damit könne der Aufstieg antidemokratischer Kräfte und Parteien nicht mit einem Wertewandel im ESS erklärt werden. Vielmehr sei laut Bartels (2023: 14–15, 134–139, 222–223) eine Elitenmobilisierung und eine

von oben ausgehende Demokratieerosion für die aktuellen antidemokratischen Entwicklungen verantwortlich.

Im Unterschied zum ESS deckt der EVI langfristige, normative Spannungen auf, wie z. B. zwischen den Sicherheitswerten und den emanzipativen Selbstentfaltungswerten in einer Gesellschaft. Diese Wertekonflikte werden in den anderen Surveys nicht sichtbar oder lediglich durch Expert:innen beantwortet. Gerade in Zeiten politischer Polarisierung und antidemokratischer Entwicklungen ist der EVI daher am besten geeignet, Werteinstellungen und Wertekonflikte zu analysieren, die die Grundlage für antidemokratische Entwicklungen und Wahlverhalten darstellen (vgl. Welzel 2013: 228–230; ESS ERIC 2025; EVS 2022a).

Aus diesen Gründen wird für diese Arbeit der EVI mit dem Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte gewählt. Andere Indizes wie der ESS oder der V-Dem-Index klammern wichtige Aspekte wie tiefgreifende Wertekonflikte und normative Einstellungsvoraussetzungen der Demokratie aus. Dadurch schließt der Emancipative Values Index eine konzeptionelle Lücke, da er nicht auf politische Performanz oder aktuelle Einstellungen fokussiert, sondern langfristige, kulturelle Orientierungen misst. Diese analytische Dimension zwischen kulturellem Wandel und politischer Transformation ist für diese Arbeit von zentraler Bedeutung. Deshalb ist der EVI das geeignete methodische Instrument, um zu untersuchen, wie sich langfristige Werteinstellungen und -änderungen auf die Unterstützung für demokratische wie auch antidemokratische Kräfte auswirken. Damit liefert der EVI den theoretisch und empirisch fundierten Rahmen, um die Forschungsfrage zu prüfen, ob das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte zu kurz greift, um aktuelle antidemokratische Entwicklungen zu erklären.

2.5 Warum die ESW als demokratischer Indikator nicht ausreichen

Der Aufstieg antidemokratischer Parteien wie der FPÖ in Österreich, der AfD in Deutschland oder des RN in Frankreich stellt eine zentrale Herausforderung europäischer Demokratien dar. Insbesondere ist es ein Widerspruch, dass die ESW (wie in Kapitel 2.3 dargestellt) zwar linear steigen, aber zugleich antidemokratische Bewegungen und Parteien in Europa an Einfluss gewinnen. Zwar sind demokratische Transformationsprozesse zyklisch und nicht linear (vgl. Welzel 2021). Die anhaltenden Erfolge antidemokratischer Kräfte stellen die Fortschrittserzählung eines linearen Zusammenhangs zwischen ESW und Demokratisierung grundlegend infrage. Die gegenläufigen Entwicklungen zeigen, dass der Anstieg emanzipativer

Werte in demokratischen Gesellschaften nicht automatisch zu einer Stärkung oder Stabilisierung der Demokratie führt. Vielmehr wird zunehmend deutlich, dass dieser theoretische Zusammenhang immer weniger durch empirische Evidenz gestützt werden kann (vgl. Cianetti & Hanley 2021: 76–80).

Demokratische Regressionen in wohlhabenden und (ehemals) liberalen Staaten wie den USA, Ungarn oder Polen zeigen, dass hohe Bildungs- und Wohlstandsgesellschaften mit ausgeprägten emanzipativen Selbstentfaltungswerten nicht zwingend auch demokratisch stabil sind bzw. bleiben (vgl. Collier 2024; Levitsky & Ziblatt 2018: 121–133, 225, 237). Ferner ist der ESW-Ansatz auch sehr stark normativ. Nicht-westliche, alternative Demokratietheorien werden ausgeblendet (vgl. Manow 2024: 23–28, 77–78, 91, 183). Antidemokratische Bewegungen und Parteien wie die Querdenker:innen, Reichsbürger:innen, AfD und FPÖ verdeutlichen zudem, dass Werte wie Autonomie oder Mitbestimmung selektiv aufgegriffen oder antidemokratisch uminterpretiert werden (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 57, 171–176). Dies macht deutlich, dass die Fortschrittserzählung, die dem ESW-Konzept zugrunde liegt, ambivalent ist und nicht ohne kontextuelle Differenzierung übernommen werden kann.

Dadurch haben die ESW-Kategorien ein Kausalitätsproblem. Nach der linearen Fortschrittslogik hätten während der dritten Demokratisierungswelle der 1980er-Jahre demokratische Gesellschaften eine wesentlich geringere Konsolidierung aufzeigen müssen als heute, da sie deutlich geringere emanzipative Selbstentfaltungswerte aufzeigten. Gleichzeitig müssten heute die Demokratien (in Europa) deutlich sicherer und robuster sein, da die ESW kontinuierlich angestiegen und damit deutlich höher als früher sind (vgl. Welzel 2021: 138–142). Diese These erweist sich aber als nicht zutreffend, da viele etablierte Demokratien in den vergangenen Jahren eine demokratische Regression erfahren haben.

In autokratischen oder halbdemokratischen Staaten lässt sich dieser Zusammenhang nicht nachweisen. Und die empirische Forschung zeigt ebenfalls, dass die ESW in postmateriellen Demokratien nicht mehr zwingend zu einer weiteren Demokratisierung bzw. Konsolidierung führen. Vielmehr kann es zu demokratischer Stagnation oder auch demokratischen Rückschritten kommen (vgl. Hoffmann-Lange 2024; Dolný & Malová 2023: 128–136).

Die ESW-Konzeption durch die Operationalisierung im EVI ist umstritten. Sokolov (2018: 396–401) weist auf mehrere Fehlannahmen des Modells hin, insbesondere auf das Fehlen der Messinvarianz zwischen Kulturzonen und Ländern. Dementsprechend ist die nationale Vergleichbarkeit eingeschränkt, kulturelle Unterschiede können durch methodische Verzerrungen überlagert sein. In der Kritik von Sokolov wird ebenfalls deutlich, dass lediglich

die beiden ESW-Kategorien Wahlfreiheit und Gleichheit robuste, prodemokratische Kategorien sind und eine hohe internationale Vergleichbarkeit aufweisen (vgl. Sokolov 2018: 397–405).

Diese Kritik bestätigt auch Hoffmann-Lange (2024) in einer umfangreichen Langzeitanalyse der ESW-Kategorien. Insbesondere die beiden Subdimensionen Autonomie und Mitbestimmung hätten in den letzten 30 Jahren nur eine geringe Konstruktvalidität aufgewiesen. Im Gegensatz zu Wahlfreiheit und Gleichheit, die statistisch robuste, emanzipative Subdimensionen sind, führen Autonomie und Mitbestimmung zu widersprüchlichen Ergebnissen. Zudem zeigt die Autorin, dass der ESW-Anstieg primär in konsolidierten Demokratien stattgefunden hat und somit nicht als zentraler Treiber von demokratischen Transformationsprozessen in autoritären und hybriden Regimen interpretiert werden kann (vgl. Hoffmann-Lange 2024; Sokolov 2018: 395–402).

Zudem ist ein Großteil der bisherigen Forschung zu den ESW-Kategorien stark quantitativ, hypothesengeleitet und positivistisch ausgerichtet. Die normativen Vorannahmen, dass emanzipative Werte automatisch zu mehr Demokratie führen, werden nicht kritisch reflektiert. Der Index läuft dadurch Gefahr, kulturelle Individualisierung mit demokratischer Partizipation gleichzusetzen, ohne die soziale Ermöglichung und den materiellen Kontext zu berücksichtigen. Wie Fraser betont, können Werte wie Autonomie, Gleichheit oder Selbstbestimmung auch vom Neoliberalismus instrumentalisiert werden, um Verantwortung zu privatisieren. Der Index abstrahiert damit von den kollektiven Voraussetzungen für echte Emanzipation und läuft Gefahr, neoliberale Individualisierung als Demokratisierung zu missverstehen (vgl. Cooper 2017: 12–21; Amlinger & Nachtwey 2022: 171–176). Dadurch ergibt sich eine konzeptionelle Forschungslücke und der Emancipative Values Index und dessen Operationalisierung müssen überprüft und hinterfragt werden.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass emanzipative Werte (ESW) zwar nicht als eindeutiger Treiber von Demokratisierung angesehen werden können, jedoch in etablierten Demokratien besonders ausgeprägt sind. In autokratischen Gesellschaften hätten ESW keine statistisch signifikante Wirkung auf demokratische Transformationsprozesse (vgl. Hoffmann-Lange 2024). Daraus lässt sich ableiten, dass erst durch die Entwicklung einer Demokratie eine ESW-Steigerung zu mehr Demokratisierung führen kann. Welzel argumentiert dagegen, dass dies auch in Ländern mit einem anfänglich autoritären politischen Kontext durch Modernisierung und Institutionen eine langfristige Entwicklung hin zu ESW stattfinden könne. Dies kann sich positiv auf die Demokratiequalität auswirken (vgl. Welzel 2021: 134).

Daher reicht ein normativer Fokus auf ESW wie Autonomie oder Partizipation allein nicht aus, um Demokratisierung zu erklären. Vielmehr müssen auch (wachsende) sozioökonomische Ungleichheiten und subjektive Verlustwahrnehmungen berücksichtigt werden, wie sie im Modernisierungsverlierer-Ansatz systematisch thematisiert werden (vgl. Ulbricht 2020: 266; Spier 2010: 56; Rippl & Seipel 2018: 249). Wegscheider & Mauk (2025) betonen, dass ESW zwar ein signifikanter Prädiktor für gesellschaftliche Protestbeteiligung sei. Allerdings zeigt sich empirisch keine direkte Kausalität, denn die Protestbeteiligung hänge vielmehr von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab.

Deshalb sollte die angenommene Linearität, dass höhere emanzipative Selbstentfaltungswerte automatisch zu einer demokratischeren Protestbeteiligung führen, zu hinterfragen. Vielmehr wird die ESW-Steigerung stark durch politische Gelegenheitsstrukturen beeinflusst. Demokratische Qualität wird demnach stärker durch politische Performance, Vertrauen in Institutionen und sozioökonomische Rahmenbedingungen beeinflusst. Somit ist die kausale Erklärungskraft des EVI begrenzt (vgl. Wegscheider & Mauk 2025: 397–406; Hoffmann-Lange 2024).

Der Emancipative Values Index berücksichtigt soziale und politische Rahmenbedingungen der ESW-Steigerungen nicht ausreichend und stellt die ESW-Werte als zwingend prodemokratisch dar, auch in postmodernen Gesellschaften. Daher ist die Forschungsfrage zentral, ob das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte zu kurz greift, um aktuelle antidemokratische Entwicklungen zu erklären. Daraus ergibt sich folgende politikwissenschaftliche Forschungslücke, die im nachfolgenden Diskussionsteil erörtert wird: Ist die Zustimmung zu den ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung im Rahmen des EVI zwingend als Ausdruck prodemokratischer Orientierung zu interpretieren? Oder erfahren diese Werte eine autoritäre bzw. selektive Umdeutung, wodurch eine Anpassung des EVI oder die Ergänzung um neue Komponenten erforderlich wird, um demokratische Einstellungen einer Gesellschaft genauer messen zu können?

3. ESW zwischen emanzipatorischem Potenzial und antidemokratischer Aneignung

Die theoretische Herleitung der ESW (Kapitel 2) hat aufgezeigt, wie emanzipative Selbstentfaltungswerte historisch entstanden sind, theoretisch begründet wurden und empirisch durch den Emancipative Values Index operationalisiert wurden. Zudem wurde aufgezeigt, welche Auswirkungen sie auf Demokratie und Demokratisierungsprozesse haben. Aus

modernisierungstheoretischer Perspektive gelten die ESW als fundamentale kulturelle Ressource der Demokratie, der demokratischen Transformation und der politischen Partizipation. Die Langzeitdaten des EVI zeigen für Länder wie Deutschland, Österreich oder Frankreich sowie für Europa insgesamt seit den 1980er-Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der ESW an (vgl. Welzel 2013: 158–165; EVS 2022).

Gleichzeitig mehren sich jedoch empirische Hinweise auf eine gegenläufige Entwicklung: In zahlreichen etablierten Demokratien Europas gewinnen autoritäre und antidemokratische Bewegungen an Stärke. Und diese Entwicklung geschieht trotz oder sogar parallel zum Anstieg emanzipativer Werte. Diese Entwicklung stellt die theoretisch postulierte Linearität zwischen ESW und Demokratisierung infrage und verweist auf eine mögliche konzeptionelle Verkürzung des EVI. Im Zentrum der folgenden Diskussion steht die Frage, ob eine hohe Zustimmung zu den Index-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung und damit die ESW bedingungslos als Ausdruck prodemokratischer Orientierung gewertet werden können (vgl. Welzel 2021: 138–142; Hoffmann-Lange 2024).

Die Diskussion ist in fünf Abschnitte gegliedert. Zuerst wird aufgezeigt, dass mehr ESW in postmateriellen, demokratischen Gesellschaften nicht automatisch eine weitere Demokratisierung bedeuten (Kapitel 3.1). In einem zweiten Schritt werden die kontextuellen Bedingungen und strukturellen Ursachen wie sozioökonomische Voraussetzungen oder die Annahme, kulturelle Individualisierung führe zu mehr politischer Partizipation, kritisch betrachtet (Kapitel 3.2). Drittens werden Erklärungsansätze diskutiert, die den moralischen Rigorismus und den Konformitätsdruck der ESW betonen und hierin eine zentrale Ursache der aktuell beobachtbaren Gegenreaktion sehen (Kapitel 3.3). Schließlich wird argumentiert, dass die aktuelle Krise der Demokratie eine Krise der liberalen Demokratiekomponenten ist, nicht eine der elektoralen Demokratie (Kapitel 3.4).

3.1 Mehr ESW bedeutet nicht automatisch mehr Demokratie

Wie bereits im vorherigen Kapitel 2 angedeutet, führt eine Erhöhung der ESW in demokratischen, postmodernen Gesellschaften nicht automatisch zu einer weiteren Qualitätssteigerung der Demokratie. Nach Manow (2024: 76) sei die Vorstellung, dass mehr Liberalität mehr Demokratie bedeute, trügerisch. Seit 1991 sei der EVI fast so linear angestiegen, als wäre der Fortschritt mit dem Lineal gezogen worden. Nach einer kurzen Corona-Delle sind die Werte 2024 auf Rekordniveau (vgl. Fischer & Schmitt 2025). So ist der

Zusammenhang zwischen ESW und Demokratie korrelativ, aber nicht kausal. ESW seien eher ein Ausdruck von Modernisierung und Bildung als eine Ursache der Demokratisierung. Demokratische Qualität und politischer Outcome blieben zentrale Faktoren für die Legitimität demokratischer Systeme (vgl. Caragine 2018).

Dadurch gebe es eine zunehmende Tendenz, die Demokratie auf rechtsstaatliche Institutionen und deren Funktionsfähigkeit zu reduzieren, ohne die sozioökonomischen und soziokulturellen Kontexte zu berücksichtigen (vgl. Manow 2024: 24, 91). In Europa gehen zivilgesellschaftliche Räume, wie z. B. die Presse- und Meinungsfreiheit, zurück, obwohl die ESW steigen. Auch die empirische Diagnose einer dritten Autokratisierungswelle verdeutlicht, dass Demokratien bei formal hohen Selbstentfaltungswerten nicht immun gegenüber systemischen Rückschritten sind (vgl. Lührmann & Lindberg 2019: 1102–1107). Dies deutet auf eine Messverzerrung des Index hin. Nach führenden Demokratiewissenschaftler:innen würde der demokratische Rückgang nicht kausal mit sinkenden ESW, sondern mit dem Rückgang liberaler Institutionen zusammenhängen (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 23, 56).

Auch Bartels zeigt, dass die öffentliche Meinung zu zentralen prodemokratischen Wertvorstellungen im Zeitverlauf stabil geblieben ist. Außerdem wird das Ausmaß des normativen Vertrauensverlust in Institutionen überschätzt, während die illiberale Aushöhlung durch antidemokratische Akteure und Eliten real ist. So seien Demokratiekrise stärker durch Elitenentscheidungen verursacht als durch einen Wertewandel in der Bevölkerung (vgl. Bartels 2023: 4, 187, 216–226). Demokratische Gleichheit und Akzeptanz erfordern auch den Zugang zu materiellen wie immateriellen Grundgütern und sozialer Anerkennung. Da die ESW keine ökonomische Basis erfassen und die Daten nicht in den jeweiligen sozioökonomischen und soziokulturellen Kontext eingebettet werden, bleiben sie ohne diese Kontextualisierung und Absicherung ein normatives Ideal (vgl. Piketty & Sandel 2025: 8, 14, 68, 110).

Insbesondere die beiden ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung seien in einer postmodernen Demokratie nicht mehr zwingend prodemokratisch. Ihre Operationalisierung zeigt eine demokratische wie autoritäre Ambivalenz und sollte überarbeitet werden. Die normative und moralische Überhöhung progressiver Werte erzeuge neue gesellschaftliche Anschlüsse, die auch in antidemokratische Dynamiken driften können. So würde Demokratisierung zunehmend mit einer bestimmten moralischen Haltung gleichgesetzt, was den politischen Pluralismus untergraben würde (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 39–42). In den folgenden Unterkapiteln wird jeweils einzeln auf die Verzerrungen und Ursachen eingegangen, warum die ESW Fehlannahmen und Fehlschlüsse liefern.

3.2 Kontextuelle Bedingungen und strukturelle Ursachen

Die bisherigen Überlegungen haben gezeigt, dass die Erklärungskraft emanzipativer Selbstentfaltungswerte begrenzt bleibt. Während das Konzept individuelle Einstellungen in den Mittelpunkt rückt, wird dabei jedoch übersehen, dass Demokratiequalität immer auch von materiellen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie gesellschaftlichen Konfliktlinien abhängt, die im EVI nicht berücksichtigt werden. Daher gilt es im Folgenden, jene sozioökonomischen Voraussetzungen und strukturellen Ursachen in den Blick zu nehmen, die maßgeblich dazu beitragen, ob emanzipative Werte ihre demokratisierende Wirkung entfalten können oder ins Gegenteil umschlagen. Eine antidemokratische Entwicklung kann nicht unabhängig vom jeweiligen institutionellen und gesellschaftlichen Umfeld verstanden werden (vgl. Cianetti & Hanley 2021: 72–78; Samuels 2023: 1002–1006).

Neben den sozioökonomischen Faktoren spielen auch kulturelle Dynamiken eine zentrale Rolle für die Stabilität der Demokratie. Die fortschreitende Individualisierung wird im EVI als Ausdruck von Autonomie und Selbstbestimmung prodemokratisch bewertet, kann jedoch ebenso zu Fragmentierung, Entfremdung und einer Schwächung kollektiver, demokratischer Bindungen führen. Damit wird deutlich, dass kulturelle Individualisierung nicht automatisch mit demokratischer Partizipation gleichgesetzt werden kann, sondern in bestimmten Kontexten antidemokratische Gegenreaktionen befördert (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 78, 144–149; Lührmann & Lindberg 2019: 1098–1106).

3.2.1 Sozioökonomische Voraussetzungen und materielle Unsicherheit

Die Modernisierungsverlierer-Theorie (MVT) besagt, dass der tiefgreifende gesellschaftliche (Werte-)Wandel der letzten Jahrzehnte in Bevölkerungsteilen nicht als Fortschritt, sondern als Rückschritt bzw. Verlust erlebt wird. Für viele Menschen mehrten Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung zwar den Wohlstand und die individuellen Freiheiten, während für andere Bevölkerungsteile diese Trends das Gefühl verstärken, nicht (mehr) dazuzugehören. Diese Personen sehen ihre soziale Stellung bedroht, reagieren verunsichert und zeigen oft eine ablehnende Haltung gegenüber der Politik und demokratischen Institutionen. Damit gehen Ressentiments, gesellschaftliche Polarisierung und ein wachsendes Misstrauen in demokratische Verfahren einher (vgl. Lux 2018: 256–257; Rippl & Seipel 2018: 246–249). Solche sozioökonomischen Unsicherheiten und Unterschiede wirken sich nicht nur negativ auf

die Stabilität demokratischer Überzeugungen aus, sondern schwächen auch die emanzipativen Selbstentfaltungswerte (ESW) als kulturelles Fundament demokratischer Partizipation.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass der Zusammenhang zwischen sozialem Status und der Zustimmung zu antidemokratischen Parteien differenzierter ausfällt, als einfache Modernisierungsmodelle vermuten lassen. So weisen etwa Spier (2010) und Lux (2018) darauf hin, dass sich immer mehr Menschen durch ökonomische und kulturelle Transformationsprozesse subjektiv überfordert und abgehängt fühlen. Häufig handelt es sich dabei um Personen, die objektiv über eine gesicherte materielle Basis verfügen, subjektiv jedoch den Eindruck haben, den gesellschaftlichen Anschluss zu verlieren. Diese Diskrepanz zwischen materieller Sicherheit und empfundenem Statusverlust kann in Verbindung mit pessimistischen Zukunftserwartungen dazu führen, dass sich Betroffene von etablierten Parteien abwenden und politischen Kräften mit antidemokratischer Agenda, wie z. B. der AfD oder der FPÖ, zuwenden (vgl. Lux 2018: 256–257; Rippl & Seipel 2018: 246–249; Fröhlich 2025: 8–12).

Denn für die ESW ist eine gewisse ökonomische Stabilität erforderlich. Fehlt diese Grundlage, drohen die ESW, ihre emanzipatorische Wirkung zu verlieren und in individualistische, teils demokratiegefährdende Tendenzen zu münden (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 12, 37; Schäfer & Zürn 2021: 56). Gerade der normative Wunsch nach mehr emanzipativen Werten kann paradoxerweise Ausdruck eines realen Rückgangs demokratischer Partizipation sein. Insbesondere dann, wenn sich strukturelle wie finanzielle Ungleichheiten verschärfen. Historisch zeigt sich, dass die Bildung und Steigerung der ESW eng mit der Existenz eines inklusiven Wohlfahrtsstaatsmodells verbunden ist. Dabei reichen individuelle Aufstiegschancen allein als Antwort auf bleibende oder wachsende Ungleichheiten nicht aus, notwendig ist eine kollektive Absicherung (vgl. Piketty & Sandel 2025: 11, 68).

Auch wenn die ESW in einer Gesellschaft zunehmen, sind materielle Unsicherheiten, Statusangst und subjektiv empfundene Abgehängtheit maßgebliche Faktoren für politische Polarisierung und antidemokratische bzw. autoritäre Reaktionen (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 37; Schäfer & Zürn 2021: 7; Levitsky & Ziblatt 2018: 203). Dementsprechend lässt sich die demokratische Erosion nicht primär über einen Wertewandel erklären, sondern vielmehr durch das Zusammenwirken von antidemokratischen Elitestrategien, institutionellen Rahmenbedingungen sowie sozioökonomischen und soziokulturellen Strukturen (vgl. Bartels 2020: 19–22, 222–223). Der Emancipative Values Index blendet diese strukturellen

Konfliktlinien aus und erfasst nur einen Ausschnitt der Ursachen für demokratische Spannungen und Regressionen.

3.2.2 Kulturelle Individualisierung ist nicht demokratische Partizipation

Diese Widersprüche können durch das Modernisierungsverlierer-Theorem erklärt werden. Dieses beschreibt jene Bevölkerungsgruppen, die sich durch Globalisierung und Wertewandel kulturell, ökonomisch und sozial entwertet fühlen. Die „fortschreitende Individualisierung, Diversifizierung und Pluralisierung“ wird von diesen Gruppen nicht als Emanzipation, sondern als Destabilisierung und Kontrollverlust wahrgenommen (Ulbricht 2020: 266). Wie Spier schreibt, erleben diese Menschen „gesellschaftliche Modernisierung nicht als Fortschritt, sondern als Bedrohung ihrer kulturellen Lebenswelt“, was in Ablehnung demokratischer Institutionen münden könne (Spier 2010: 56).

In diesem Zusammenhang beschreiben Amlinger & Nachtwey (2022) die aktuellen autoritären Bewegungen (in Europa) als Ausdruck einer regressiven Modernisierung: Der heutige gesellschaftliche Fortschritt durch technische Modernisierung führt nicht (zwingend) zu mehr sozialer Integration, sondern auch zu Rückschritten in gesellschaftlichen Teilbereichen. Regressive Modernisierung bedeutet hierbei, dass sich emanzipatorische Normen in ihr Gegenteil verkehren. Bestimmte Bewegungen wie beispielsweise die Querdenkerproteste in Europa oder die MAGA-Bewegung unter Trump in den USA, die sich auf Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung berufen, wenden sich gegen die plurale, liberale Demokratie. Diese Proteste richten sich gegen die spätmoderne Gesellschaft, aber im Namen ihrer zentralen Normen wie Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 98, 174).

Der EVI setzt aber normativ Autonomie mit Demokratisierung gleich, ohne deren politische und soziokulturelle Kontextualisierung zu berücksichtigen. Historisch war dies ein signifikanter, prodemokratischer Indikator, doch in postmodernen Demokratien ist dies nicht mehr zwangsläufig zutreffend. So wird in unserer neoliberalen Gesellschaft Autonomie zur Verpflichtung auf Selbstverwirklichung und Eigenverantwortung, ohne die notwendige staatliche Absicherung. Emanzipation wird umgedeutet zu einer disziplinierenden Norm, sich selbst zu verwirklichen ohne staatliche Hilfe und Absicherung (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 18, 42; Cooper 2017: 46–49). Bröckling (2007: 31) greift Foucaults Argument auf: Autonomie kann als disziplinierende Herrschaftstechnik begriffen werden und somit wird das

autonome Subjekt durch Selbstregulierung zu einer steuerbaren Einheit (vgl. Bröckling & Krasmann 2020: 30–32).

Auch Cooper (2017: 73) betont, dass normative Werte wie Autonomie und Eigenverantwortung nicht ausschließlich emanzipatorisch gelebt werden, sondern zunehmend durch soziale Sanktionen eingefordert werden. Der EVI misst Autonomie anhand von Fragen, die sich primär auf Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit in der Kindererziehung beziehen. Dabei werden demokratisch strukturierte Autonomie wie kollektive Aushandlungsprozesse, gesellschaftliche Verantwortung und informierte Eigenverantwortung außer Acht gelassen. Folglich kann eine (hohe) Zustimmung zu den Autonomiefragen des EVI nicht mit einer prodemokratischen Einstellung gleichgesetzt werden (vgl. Manow 2024: 23–27).

Auch autoritäre, antikollektive und antidemokratische Personen können hohe Zustimmungswerte bei Autonomie aufweisen. Zum Beispiel wenn dies als Abwehr gesellschaftlicher oder staatlicher Einmischung verstanden wird und gesellschaftliche Probleme individualisiert werden, ohne deren kollektive Dimension zu erfassen. Der progressive Fokus auf individuelle Freiheit hat zentrale kollektive Bindungen geschwächt (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 98, 174; Manow 2024: 23–24).

Aber Gemeinschaftsbildung vor Ort ist für die demokratische Gesellschaft entscheidend. Da dies von progressiver Seite lange als spießig empfunden wurde, sind diese Räume der kollektiven Entleerung oft von antidemokratischen Personen und Bewegungen besetzt worden. Diese Entwicklungen sind oft auch irreversibel, denn eine Gemeinschaftsbildung ist ein sehr langwieriger Prozess, doch genau dabei entstehen gesellschaftlicher Zusammenhalt und Zuversicht (vgl. Welzer 2025). Die Kategorie Autonomie ist im EVI entpolitisiert, nicht in einen kollektiven Kontext eingebunden, anfällig für autoritär-individualistische Einstellungen und somit kein zwingender Indikator einer prodemokratischen Orientierung. Hier muss dringend eine kollektive Dimension mitgedacht werden, damit sich nicht weitere Bevölkerungsteile antidemokratischen Kräften zuwenden, die diese Kollektivität leben.

Ebenfalls war (wie in Kapitel 2.2 gezeigt) die ESW-Kategorie Mitbestimmung historisch ein signifikanter prodemokratischer Faktor. In postmodernen Demokratien muss diese Annahme jedoch überprüft und neu bewertet werden. Politikwissenschaftler:innen bemängeln, dass Mitbestimmung ohne eine tatsächliche strukturelle Machtverschiebung ihren emanzipativen Gehalt verliert und in eine leere Partizipationsrhetorik abgeleitet (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 7, 56; Manow 2024: 23–26). Der Begriff Mitbestimmung suggeriert zwar demokratische Teilhabe, ist heutzutage aber oft Ausdruck symbolischer oder formaler Beteiligung ohne reale

Einflussmöglichkeiten. So steigen durch Modernisierung und Demokratie die Bildung und damit die kognitive Mobilisierung. Diese Entwicklung führt aber eher zu einer sinkenden Parteibindung als zu einem partizipatorischen Verhalten (vgl. Dalton 2014: 151–154, 178–180; Welzer 2025).

Demokratische Mitbestimmung ist nur dann wirksam, wenn sie auf Anerkennung, Verteilungsgerechtigkeit und Repräsentation beruht. Ohne Zugang zu diesen Ressourcen bleibt Partizipation ein leeres Versprechen (vgl. Collier 2024: 52, 335). Zudem könne der Wunsch und die Einstellung hoher Mitbestimmungswerte auch Ausdruck eines realen Rückgangs von Teilhabe sein (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 56). Empirische Studien bestätigen, dass für die Stabilität einer postmodernen Demokratie nicht automatisch hohe ESW, sondern reale Mitbestimmung und Leistungsfähigkeit entscheidend sind (vgl. Hoffmann-Lange 2024). Mitbestimmung setzt ein spezifisches soziales Verhältnis voraus. Wirkliche politische Teilhabe ist nur durch wechselseitige Anerkennung und Respekt sowie durch legitime Institutionen möglich, nicht allein durch individuelle Willensäußerungen (vgl. Piketty & Sandel 2025: 68, 110).

Amlinger & Nachtwey (2022: 112–117) kritisieren insbesondere die neoliberale Umdeutung der ESW-Kategorie Mitbestimmung. Beteiligung wird zur individuellen Verantwortung umgedeutet, ohne demokratische Machtstrukturen zu verändern. Zudem wird Mitbestimmung im Emancipative Values Index (EVI) nicht zwangsläufig prodemokratisch operationalisiert. Die Fragen zu freier Meinungsäußerung und mehr bürgerlichem Mitspracherecht waren historisch wesentliche Faktoren einer Demokratisierung. In der heutigen postmodernen Demokratie werben auch antidemokratische Parteien wie die AfD, die FPÖ oder die PVV mit freier Meinungsäußerung und direkter Demokratie (vgl. Decker et al. 2024: 77–83).

Dabei werden diese Themen autoritär umgedeutet. An die Stelle eines pluralistischen Verständnisses tritt zunehmend die Vorstellung, die eigene Meinung müsse politisch durchgesetzt werden. Währenddessen werden abweichende Ansichten nicht mehr als legitimer Bestandteil demokratischer Öffentlichkeit anerkannt (vgl. Levitsky, Ziblatt & Schmidt 2024: 102–108, 124–126). Folglich können antidemokratische Personen und Bewegungen hohe Werte bei der ESW aufweisen, ohne zwingend prodemokratisch eingestellt zu sein. Im Gegenteil, gerade autoritär eingestellte Personen plädieren für Selbst- und Mitbestimmung sowie Freiheit (vor dem Staat) (vgl. Decker et al. 2024: 44–45, 62–63; Amlinger & Nachtwey 2022: 174).

Zustimmung zu den Mitbestimmungs-Items im EVI kann somit von antidemokratischen Personen stammen oder von solchen, die dies als Ausdruck ihrer Frustration über fehlende Teilhabe und Mitbestimmungsmöglichkeiten zeigen. Dies gilt besonders für Gruppen, die sich subjektiv abgehängt, entmachtet oder übergangen fühlen. Damit ist Mitbestimmung innerhalb des EVI kein zuverlässiger Indikator für eine demokratische Orientierung mehr. Die Fragestellungen bilden in postmodernen Demokratien nicht zwingend prodemokratisches Verhalten ab (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 112–113; Schäfer & Zürn 2021: 54–56).

Diesen Überlegungen liegt die These zugrunde, dass kulturelle Individualisierung nicht zwangsläufig zu einer höheren demokratischen Partizipation führt. Kulturelle Individualisierung ersetzt keine kollektive Selbstbestimmung und kann demokratische Integration unterminieren. Der EVI verwechselt individuelle Autonomie und Mitbestimmung mit demokratischer Partizipation und Integration. Wie aufgezeigt, ist diese Argumentation weder theoretisch noch empirisch haltbar (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 17, 48, 84; Caragine 2018; Hoffmann-Lange 2024). Antidemokratische Bewegungen wie die Querdenker, die MAGA-Bewegung oder Impfgegner berufen sich explizit auf Werte wie Autonomie oder Selbstverwirklichung. Gleichzeitig wenden sie sich aber gegen die plurale und liberale Demokratie (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 98, 174). Diese Ambivalenz emanzipatorischer Rhetorik wird im EVI und damit in der Konzeption emanzipativer Selbstentfaltungswerte nicht abgebildet.

Schäfer & Zürn (2021: 48, 72–76) argumentieren, dass der postnationale Liberalismus liberale Individualrechte über kollektive Volkssouveränität stellt. Diese Werteveränderung kann demokratische Entfremdung und autoritäre Gegenreaktionen befördern. Darüber hinaus wird die dritte Dimension von Gleichheit – neben der rechtlichen und der wirtschaftlichen – oft übersehen, ist gleichzeitig aber entscheidend für demokratische Integration: die soziale Gleichheit. Damit gehe es insbesondere um Würde, Anerkennung und Respekt (vgl. Piketty & Sandel 2025: 110).

Auch Collier (2024: 41) zeigt in seiner Analyse, dass sich Gesellschaften zunehmend auf das Ich konzentrieren und die kollektive Wir-Dimension vernachlässigen. Dadurch werden das Gemeinschaftsgefühl und die demokratische Solidarität unterminiert. Folglich können ESW-Werte ohne kollektive Verankerung zu einer Fragmentierung der Gesellschaft führen, antidemokratische Bewegungen fördern und zur Delegitimation demokratischer Institutionen beitragen (vgl. Manow 2024: 23–24). Demokratische Teilhabe und Unterstützung brauchen mehr als individuelle und emanzipatorische Freiheiten – nämlich kollektive Verantwortung,

gegenseitigen Respekt und Anerkennung sowie strukturelle Einbindung. Dies könnte zu einer neuen, prodemokratischen ESW-Kategorie operationalisiert werden (siehe Kapitel 4).

Die bisherige Argumentation hat gezeigt, dass die ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung nicht zwingend prodemokratisch wirken und im EVI nicht ausschließlich prodemokratisch operationalisiert sind. Diese theoretische Entleerung der emanzipativen Bedeutung ist die Grundlage dafür, dass antidemokratische und autoritäre Akteure sich die ESW selektiv für ihre eigene Agenda aneignen. Antidemokratische Bewegungen lehnen die ESW nicht pauschal ab, sondern eignen sie sich selektiv an, um sie autoritär umzudeuten. Autonomie wird zur Abwehr gesellschaftlicher Verpflichtungen und kollektiver Selbstbestimmung umgedeutet, während Mitbestimmung zur Legitimation von populistischen und antidemokratischen Meinungen dient (vgl. Cooper 2017: 167–172, 215–222; Amlinger & Nachtwey 2022: 172–175).

3.3 Moralischer Rigorismus und Konformitätsdruck

Die ESW werden aber nicht nur von demokratiekritischen oder antidemokratischen Akteur:innen instrumentalisiert und umgedeutet, sondern erzeugen auch innerhalb des demokratischen Spektrums einen moralischen Konformitätsdruck. Die normativ-moralische Überhöhung von Autonomie und Mitbestimmung wird von Teilen der Bevölkerung zunehmend als sozialer Imperativ wahrgenommen. Wer sich diesen Werten nicht anpasst und sie öffentlich nicht vertritt, riskiert symbolische Ausgrenzung oder eine moralische Abwertung (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 64–65; Cooper 2017: 22–23, 73). Wie Amlinger & Nachtwey zeigen, ist die Verabsolutierung individueller Freiheit zur hegemonialen Norm avanciert, gegen die Abweichung zunehmend als Rückschritt gilt (2022: 58). Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, wie sich dieser moralische Rigorismus in gegenwärtigen Diskursen bemerkbar macht und welche demokratiethoretischen Spannungen und Folgen daraus entstehen.

Die gemessene ESW-Zustimmung spiegelt oft nicht die tatsächliche emanzipatorische Überzeugung der Befragten wider, sondern den sozialen Druck, sich normkonform zu verhalten. Die Trennung von kulturellen und ökonomischen Dimensionen blendet daher auch bestehende Machtverhältnisse aus und erhebt diesen Fortschritt zur moralischen Pflicht. Die ESW werden in Teilen als zustimmungspflichtig wahrgenommen (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 64–65; Cooper 2017: 22–23, 73–76). Infolge der gesellschaftlichen Hegemonie progressiver Werte und Narrative in den 2010er-Jahren etablierte sich eine vermeintliche

Alternativlosigkeit demokratischer Selbstverwirklichungsnormen und liberaler Fortschrittserzählungen. Auf diese Silent Revolution folgte eine Silent Counter-Revolution, die sich als reaktionäre Gegenbewegung gegen den moralischen Rigorismus und den damit einhergehenden Konformitätsdruck der ESW wandte (vgl. Manow 2024: 108, 177; Welzel 2013: 296–299).

Damit ist die Zustimmung zu den ESW oft auch eine Taktik sozialer Absicherung, nicht zwingend der Ausdruck der eigenen politischen Haltung (vgl. Bittner 2025). Amlinger & Nachtwey (2022: 64) betonen, dass moralischer Rigorismus dann entstehe, wenn emanzipative Werte zu einer moralischen Verpflichtung werden, der man sich nicht entziehen könne. Was früher als individuelle Entscheidung gegolten hat, wirkt heute wie ein moralischer Imperativ. In ähnlicher Weise argumentieren Piketty & Sandel (2025: 68–70), dass die Vorstellung individueller Aufstiegsmobilität soziale Ungleichheit moralisch umdeutet und jene, die scheitern, mit Schuldzuweisungen belastet. Somit gelte die Nichteinhaltung dieser Normen nicht nur als politische Differenz, sondern als Rückschritt, und damit gehe auch ein sozialer Bedeutungsverlust einher (vgl. Cooper 2017: 46–49, 73).

Dies zeigt sich beispielsweise in der strikten, prokosmopolitischen Ausrichtung von liberalen, nichtmajoritären Gegeninstitutionen (NMIs) wie Zentralbanken und Verfassungsgerichten. Diese genießen in der Bevölkerung ein höheres Vertrauen als demokratische Institutionen wie Parlamente und Parteien. Gleichzeitig sind progressive Menschen für einen stetigen Ausbau dieser NMIs, ohne Gegenreaktionen in der Gesellschaft zu berücksichtigen. Dienten diese nichtmajoritären Gegeninstitutionen primär zur Auslagerung von Kompromissen und Legitimierung, setzen diese heute immer stärker eigene Normen, ohne dass diese gesellschaftlich ausgehandelt wurden (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 93, 103–119; Levitsky, Ziblatt & Schmidt 2024: 167–170).

Dadurch entstand und entsteht teils ein doktrinärer, autokratischer Geist des links-progressiven Lagers. Schon das Hinterfragen gewisser liberaler Grundannahmen der ESW galt als verwerflich. In der Hoffnung, dem Zeitgeist zu entsprechen, schwiegen viele liberal und mittig Denkende darüber. Viele Menschen vermeiden offenen Dissens aus Furcht vor sozialer Isolation oder Ausschluss. Deshalb wird angeführt, dass die Zustimmung zu den ESW eher passiv sei als aus eigener Überzeugung – zumindest in Teilen der westlichen, europäischen Bevölkerung. Aus diesen Gründen wird heute von vielen das links-progressive Lager als das wahrgenommen, was es seinen Gegnern vorwirft, zu sein: autoritär. Eine Zuschreibung, die selbst Teil des diskursiven Konfliktes ist (vgl. Bittner 2025; Manow 2024: 26, 177).

Auch für Amlinger & Nachtwey (2022: 65) könne gerade in progressiven Lagern eine autoritäre Kultur der Konformität entstehen. Die zunehmende Verwendung von Maximalsprache und -forderungen ist ein weiteres Indiz für diese Entwicklung und erzeugt Glaubensdruck statt Dialogkultur. Schließlich sind emanzipative Werte zu juristisch-moralischen Verpflichtungen geworden, dadurch verliert die Demokratie ihre so wichtige Aushandlungsfähigkeit (vgl. Manow 2024: 26, 177). Diese Wahrnehmung delegitimiert progressive Forderungen und Werteinstellungen und begünstigt autoritäre Gegenbewegungen. Wie Schäfer & Zürn (2021: 120) zeigen, reagieren autoritäre Bewegungen nicht nur auf materielle Ungleichheit, sondern auch auf moralisch gefärbte Ausgrenzung ihrer Positionen durch dominante liberale Diskurse.

Darüber hinaus neigen viele Befragte dazu, ihre eigenen Wertvorstellungen und -urteile normativ zu überhöhen, um konformitätsorientierte Zustimmung zu demonstrieren. Insbesondere aus progressiven Wählermilieus wird das Bekenntnis zu Gleichstellung, Wahlfreiheit und Mitbestimmung zum Zeichen moralischer Zugehörigkeit und sozialer Kompetenz. Die Zustimmung zu den ESW ist oft moralisch überbewertet und entspricht nicht immer den tatsächlichen Wertvorstellungen der Befragten. (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022: 64–65; Cooper 2017: 73).

Collier (2024: 334–335) kritisiert in diesem Zusammenhang einen westlichen moralischen Imperialismus, der kulturelle Normen universell setzt und dadurch Abwehr und Reaktanz erzeugt. So schätzen sich Menschen oft viel emanzipativer und fortschrittlicher ein, als sie tatsächlich sind. Eine neue Studie, die zur Verteilung der Schülerschaft an deutschen Schulen forscht, kommt zu folgendem Ergebnis: Zwar halten sich insbesondere akademische Eltern in Großstädten für weltoffen, liberal und emanzipativ, sind aber ein signifikanter Treiber für eine Segregation zwischen einheimischen und migrantischen Schüler:innen. Diese Elterngruppe legt besonderen Wert darauf, ihre Kinder an Schulen mit einem hohen Anteil an einheimischen Schüler:innen unterzubringen (vgl. Agarwala & Spiewak 2025).

Zudem sind hohe ESW-Werte nicht automatisch mit politischer Handlungsmacht verbunden. Insbesondere Befragte, die in dem jeweiligen Land nicht wahlberechtigt sind, wie z. B. Migrant:innen oder Studierende, haben überdurchschnittlich hohe emanzipative Selbstentfaltungswerte. Beispielsweise sind in Wien ein Drittel aller Einwohner:innen ab 16 Jahren nicht wahlberechtigt. Empirische Studien belegen, dass insbesondere junge Migrant:innen besonders hohe ESW-Zustimmungswerte aufweisen (vgl. Stadt Wien 2023). Auch dadurch werden die ESW und ihre prodemokratische Aussagekraft verzerrt. Durch diese

Diskrepanzen zwischen gemessener Werthaltung und demokratischer Qualität sowie institutioneller Umsetzung westlich geprägter Demokratien entsteht durch die ESW und den EVI ein idealisierendes Bild gesellschaftlicher Zustimmung zur Demokratie (vgl. Welzel 2013: 132–134).

3.4 Krise der liberalen Demokratie, nicht der elektoralen Demokratie

Ein weiteres Problem, das zu einer Messverzerrung führt, ist die Gleichsetzung von hohen ESW-Zustimmungswerten mit demokratischer Qualität. Allerdings blendet diese verengte Sichtweise andere Demokratiedimensionen – wie die elektorale, die partizipative oder die egalitäre – aus (vgl. V-Dem 2025). Für führende Demokratiewissenschaftler wie Manow (2024: 91) ist die Krise der liberalen Demokratie auch eine Krise des liberalen Demokratiemodells und nicht eine Krise der Demokratie an sich. Auch andere Expert:innen betonen, dass sich populistische wie antidemokratische Bewegungen aus diesen Spannungen gründen würden. Die liberale Achse demokratischer Öffentlichkeit versteht Demokratie als institutionalisierten Pluralismus. Andererseits versteht eine majoritäre Achse Demokratie als Partizipation und Volkssouveränität (vgl. Roberts, Bunce, Pepinsky & Riedl 2025: 24–26). Gerade diese Ambivalenz wird von Antidemokrat:innen betont.

Inglehart und Welzel tendieren dazu, die liberale Achse demokratischer Partizipation zu betonen, während die partizipatorisch-majoritäre Dimension weitgehend vernachlässigt bleibt. Dies zeigt sich insbesondere dann, wenn etablierte liberale Institutionen als entkoppelt von der demokratischen Mehrheit erscheinen (vgl. Schäfer & Zürn 2021: 21; Roberts, Bunce, Pepinsky & Riedl 2025: 24–26; Levitsky, Ziblatt & Schmidt 2024).

Nichtmajoritäre Institutionen, die in Krisen wesentlich über die politische Richtung entscheiden, führen durch ihre strikt prokosmopolitische Ausrichtung zur ideologischen Entfremdung in Teilen der Bevölkerung. Diese normative Fortschrittserzählung, dass mehr liberale Werte ein Mehr an Demokratie bedeuten, blendet die so wichtigen partizipativen Aushandlungsprozesse und Machtverteilungsfragen aus (vgl. Cooper 2017: 23, 71–73; Manow 2024: 108, 177).

Zum einen ist die majoritäre Dimension der Demokratie stabiler als angenommen. Demokratien sind trotz Populismus resilient. Früher gab es weltweit deutlich mehr militärische Regimewechsel, heute überwiegen dagegen Regierungswechsel durch Wahlen (vgl. Manow 2024: 78). Bartels (2020: 187, 216, 222) zeigt in seiner Analyse des Werteindizes European

Social Survey auf, dass Elitestrategien, institutionelle Rahmenbedingungen und Parteistrategien stärker zu demokratischer Erosion beitragen als Werteeinstellungen und die öffentliche Meinung. Auch eine Schwächung der internationalen Verankerung von (westlichen) Demokratien verstärkt antidemokratische Tendenzen und erklärt, warum steigende ESW-Werte parallel zu antidemokratischen Entwicklungen auftreten können (vgl. Samuels 2023: 1005–1009).

So bleiben die normativen Einstellungen zur Demokratie konstant hoch, und die meisten Demokratiebeobachter:innen würden die Rolle der öffentlichen Meinung überschätzen. So unterstützt beispielsweise heutzutage – im Gegensatz zu früher – eine Mehrheit der Amerikaner die multiethnische Demokratie. In der CDU war 2012 die steuerliche Gleichstellung homosexueller Paare noch eine Randmeinung, heute ist sie in der Partei Konsens und gesetzlich verankert (vgl. Levitsky, Ziblatt & Schmidt 2024: 25; Roßbach & Roßmann 2025).

Diese Befunde zeigen, dass gesellschaftlicher Wandel entweder ohne institutionellen Wandel verlaufen kann oder umgekehrt, nichtmajoritäre Institutionen sich ohne die Gesellschaft bzw. den gesellschaftlich-partizipativen Aushandlungsprozess verändern. So erschweren die nichtmajoritären Institutionen mit ihren Entscheidungen den demokratisch-partizipativen Aushandlungsprozess, der für eine nachhaltige und langfristige Stabilisierung der Demokratie wesentlich ist (vgl. Levitsky, Ziblatt & Schmidt 2024: 189, 211; Roberts, Bunce, Pepinsky & Riedl 2025: 24–26). Folglich ist das Demokratieproblem keine Wertekrise, sondern eine Krise der demokratischen Infrastruktur: fehlende Teilhabe, ökonomische Unsicherheiten, das subjektive Gefühl, abgehängt zu sein oder zu werden, und antidemokratische Eliten sind für die aktuelle Krise der Demokratie entscheidend (vgl. Piketty & Sandel 2025: 68–69; Bartels 2020: 187, 216–223).

Daher liegt die Krise nicht (primär) bei den Bürger:innen und ihren Wertvorstellungen, sondern in der verengten Konzeption der ESW und damit des Emancipative Values Index. Die Operationalisierung der ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung (wie in Kapitel 2.4 aufgezeigt) ist nicht ausschließlich prodemokratisch operationalisiert (vgl. Welzel 2013; Amlinger & Nachtwey 2022: 39–42, 171–176). Ein Mehr an emanzipativen Werten, die die kulturelle Vorbedingung der Demokratie darstellen, bedeutet nicht automatisch eine Steigerung der demokratischen Qualität. Dadurch wird auch die lineare Fortschrittserzählung von Demokratie und ESW zweifelhaft. Schließlich befindet sich die liberale Dimension der Demokratie in der Krise, nicht die elektorale Dimension. Allerdings ist in der

Politikwissenschaft umstritten, ob eine Demokratie ohne ihre liberale Komponente überhaupt als Demokratie eingestuft werden kann (vgl. Cooper 2017: 46–49, 73; Hoffmann-Lange 2024).

Aus den in diesem Kapitel aufgezeigten Gründen braucht es eine Neu-Operationalisierung der ESW, die die Demokratiequalität differenzierter misst und abfragt. Dies verdeutlicht der letzte Abschnitt (Kapitel 4) der Arbeit. Das eingangs skizzierte Forschungsproblem, dass das Konzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte zu kurz greift, um aktuelle antidemokratische Entwicklungen zu erklären, wurde in diesem Diskussionsteil deutlich. Die prodemokratische Wirkung von ESW ist weder theoretisch zwingend noch empirisch evident, weil Demokratie mehr ist als Zustimmung zu liberalen Werten.

4. Reformvorschläge für den Emancipative Values Index

Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass die aktuelle Operationalisierung der ESW durch den Emancipative Values Index nicht ausreicht, um demokratische Qualität und Transformationsprozesse adäquat abbilden zu können. Insbesondere die beiden ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung sind nicht zwingend prodemokratisch, sondern können, wie in Kapitel 3 argumentiert, auch antidemokratisch oder autoritär umgedeutet werden. Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit, das Messkonzept der emanzipativen Selbstentfaltungswerte weiterzuentwickeln und seine normativen Grundlagen kritisch zu hinterfragen.

Im Folgenden werden konkrete Reformvorschläge präsentiert, die auf den theoretischen und empirischen Erkenntnissen und Argumentationen dieser Arbeit aufbauen. Ziel ist es, eine differenziertere und damit genauere Messung demokratischer Einstellungen und Wertvorstellungen zu ermöglichen, die über individuelle Freiheitswerte hinaus auch kollektive Dimensionen, Respekt, Anerkennung und institutionelle Teilhabe berücksichtigt. Gleichzeitig werden alternative Frageformulierungen vorgestellt und begründet, die die ESW-Kategorien Autonomie und Mitbestimmung stärker prodemokratisch operationalisieren sollen. Diese Reformvorschläge sollen auch Impulse für die Debatte über eine Verbesserung der ESW-Kategorien liefern und damit den EVI insgesamt beeinflussen. Diese Befunde sollen in die aktuelle wissenschaftliche Debatte im Vorfeld der sechsten EVS-Befragungswelle einfließen, die im Jahr 2026 beginnen wird.

Wie in der Diskussion argumentiert wird, ist die ESW-Kategorie Autonomie stark individualisiert konzeptualisiert. Dabei liegt der primäre Fokus auf Unabhängigkeit in der

Kindererziehung und der eigenen Entscheidungsfreiheit. Für eine Weiterentwicklung des EVI wäre es zentral, auch kollektive Dimensionen institutioneller Einbindung und lokaler Gemeinschaften zu berücksichtigen. Vertrauen in eine demokratische Gesellschaft entsteht nicht nur aus individuellen Selbstentfaltungswerten, sondern aus alltäglicher Gemeinschaftsbildung vor Ort (vgl. Welzer 2025).

Somit wird Autonomie nicht als kollektiver Aushandlungsprozess gesehen, sondern als eine Abgrenzung von der demokratischen Gemeinschaft (vgl. Cooper 2017; Manow 2024). Ebenfalls ist die ESW-Kategorie Mitbestimmung im EVI zu abstrakt erfasst. Hier fehlt – wie in der Diskussion erörtert – ein Bezug auf Anerkennung und Respekt sowie die kollektive Dimension der Demokratie (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022). Somit können autoritäre und antidemokratische Haltungen dennoch hohe emanzipative Selbstentfaltungswerte aufweisen.

Autonomie sollte deswegen nicht als völlige Unabhängigkeit operationalisiert werden, sondern als Selbstgestaltung innerhalb eines sozialen Kontextes neu definiert werden. Autonomie kann auch in postmodernen Demokratien ein prodemokratischer Wert sein, sofern die Neuoperationalisierung des EVI Verantwortung und soziale Einbettung betont. Beispielsweise würden diese Fragen ein differenzierteres Wert- und Demokratieverständnis ermöglichen:

„In unserem Land hat jede:r die Möglichkeit und das Wissen, seine/ihre Lebensentscheidungen eigenständig und verantwortungsbewusst zu treffen.“

„In unserem Land kann jede:r seine/ihre eigenen Ziele verfolgen, ohne die Auswirkungen auf unsere Gemeinschaft aus dem Blick zu verlieren.“

Dadurch würde die ESW-Kategorie Autonomie als partizipativ eingebundenes Handlungsvermögen erfasst. Damit würde die bisherige Fehlinterpretation von Autonomie als individualisierte Entscheidung, die den Rückzug ins Private oder neoliberale Selbstverantwortung ohne kollektive Dimension betont und antidemokratisch interpretiert werden kann, korrigiert.

Auch die ESW-Kategorie Mitbestimmung könnte durch eine Neuoperationalisierung differenzierter und damit prodemokratischer gemessen werden. Die bisherige Operationalisierung fokussiert zu stark auf die normative Vorstellung von Meinungsfreiheit und Demonstrationsrechten sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Gemeinschaft und beim Arbeitsplatz. Die ESW-Kategorie muss aber über formale Zustimmung hinausgehen. Ebenfalls wesentlich sind der Zugang zu relevanten Entscheidungsprozessen, das subjektive Gefühl politischer Wirksamkeit und strukturelle Partizipationsmöglichkeiten. Bei dieser Kategorie

sollten die bisherigen Fragen um die folgenden Operationalisierungen ergänzt oder durch diese ersetzt werden:

„Jedes Gesellschaftsmitglied hat reale Möglichkeiten, politische Entscheidungen in meinem Land zu beeinflussen.“

„In unserem Land werden alle Menschen von politischen Entscheidungsträger:innen angemessen vertreten und können sich beteiligen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.“

Diese Fragen gehen über normative Grundhaltungen hinaus und messen real erlebte Mitbestimmung in der jeweiligen Gesellschaft, nicht nur die idealen Wertvorstellungen der Befragten über diese Themenbereiche. Darüber hinaus wird von der subjektiven Ich-Ebene abstrahiert, da sonst (privilegierte) Befragte nicht auf die kollektive Dimension schließen, sondern nur ihre eigenen Einstellungen zum jeweiligen Herrschaftssystem bewerten.

In den Reformvorschlägen ist bereits angeklungen, dass eine kollektive Dimension bei der Neuoperationalisierung wesentlich ist. Zudem fehlt der Bereich Würde, Anerkennung und Respekt im EVI nicht repräsentiert. Wie im Diskussionsteil gezeigt ist allerdings das Gefühl der (subjektiven) Benachteiligung und Abhängigkeit ein wesentlicher Faktor antidemokratischer Entwicklungen. Deswegen werden abschließend zwei neue EVI-Kategorien „Kollektivität“ und „Anerkennung/Respekt“ vorgeschlagen, die die ESW insgesamt differenzierter und eindeutiger prodemokratisch operationalisieren sollen.

Aus der theoretischen Herleitung sowie der argumentativen Diskussion geht klar hervor, dass Demokratie mehr ist als die Summe individueller Freiheitsrechte. Demokratie lebt von der Bereitschaft ihrer Bürger:innen, Verantwortung zu übernehmen, Kompromisse einzugehen und sich in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen einzubringen. Die EVI-Messung konzentriert sich auf individuelle Selbstbestimmung, ohne die notwendige kollektive Dimension von Demokratie zu erfassen. Eine neue ESW-Kategorie „Kollektive Dimension“ soll die Werteinstellungen zur Gemeinwohlorientierung, kollektiven Problemlösung und Gemeinschaft abbilden (vgl. Piketty & Sandel 2025; Sokolov 2018; Hoffmann-Lange 2024).

Ziel ist es, verinnerlichte Mitverantwortung sowie kooperatives Verhalten abzufragen. Als mögliche Indikatoren für ein prodemokratisches Wertesystem lassen sich Gemeinwohlorientierung, Kompromissfähigkeit, (geteiltes) Verantwortungsbewusstsein und Solidaritätsbereitschaft anführen. Diese prodemokratischen Indikatoren könnten wie folgt operationalisiert werden:

„Für eine funktionierende Gesellschaft müssen persönliche Vorteile manchmal zugunsten aller eingeschränkt werden.“

„Menschen in unserem Land akzeptieren Kompromisse, auch wenn diese nicht der eigenen Meinung entsprechen.“

„Ich sehe es als meine Aufgabe, zum Zusammenhalt der Gesellschaft beizutragen.“

Diese Fragen würden wie die anderen EVI-Kategorien Likert-skaliert sein und dann auf Werte zwischen 0 (keine kollektive Orientierung) bis hin zu 1 (sehr hohe kollektive Orientierung) normiert werden. Der Durchschnitt der hier vorgeschlagenen drei Fragen würde dann den Gesamtwert der neuen ESW-Kategorie „Kollektivität“ bilden.

In Zusammenhang mit dieser ersten neuen Kategorie steht auch die zweite Neuoperationalisierung des ESW, die Kategorie „Anerkennung“. Schließlich lebt Demokratie nicht nur von formalen Bürgerrechten und Partizipationsmöglichkeiten, sondern auch vom Gefühl der Bürger:innen, als gleichwertige und respektierte Mitglieder:innen der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. So betonen Piketty und Sandel (2025: 8, 14, 110) Würde, Anerkennung und Status als die dritte wesentliche Gleichheitsdimension neben der ökonomischen und der rechtlichen Gleichheit. Sie beschreiben diese als am schwierigsten greifbar, aber auch mit dem höchsten prodemokratischen bzw. antidemokratischen Potenzial.

Fehlende Anerkennung kann zu politischer Entfremdung, gesellschaftlicher Polarisierung und antidemokratischen Tendenzen führen. Deshalb sollte die EVI-Messung um eine soziale Kategorie ergänzt werden, die die soziale Wertschätzung sowie den subjektiv wahrgenommenen gesellschaftlichen Respekt misst (vgl. Collier 2024; Amlinger & Nachtwey 2022). Ziel dieser Neuoperationalisierung ist es, zu messen, ob Bürger:innen ein positives Zugehörigkeitsgefühl haben, soziale Integration und Gleichwertigkeit in der Gesellschaft wahrgenommen sowie eine subjektive soziale Dimension der gegenseitigen Anerkennung erfasst werden kann. Eine mögliche Operationalisierung könnte wie folgt aussehen:

„Ich habe das Gefühl, dass meine Arbeit und mein Beitrag zur Gesellschaft wertgeschätzt werden.“

„Alle Menschen in unserem Land haben grundsätzlich die gleichen Chancen, anerkannt und respektiert zu werden.“

Wie bei den anderen ESW-Kategorien im EVI würde aus den Likert-skalierten Antworten ein Durchschnitt errechnet werden. 0 steht für ein sehr geringes Zugehörigkeits- und

Anerkennungsgefühl, 1 für ein sehr hohes. Die beiden Fragen dienen als Diskussionsvorlage und müssten um eine dritte Fragestellung ergänzt werden.

5. Fazit

Aus dieser Arbeit geht hervor, dass die Operationalisierung der emanzipativen Selbstentfaltungswerte durch den Emancipative Values Index nicht automatisch prodemokratisch gedeutet werden kann. Folglich greift das Konzept der ESW zu kurz, um aktuelle antidemokratische Entwicklungen erklären zu können. Insbesondere Autonomie und Mitbestimmung sind als Indikatoren in postmodernen Demokratien nicht zwangsläufig Ausdruck einer prodemokratischen Haltung. Wie im Diskussionsteil (Kapitel 3) argumentiert, können diese beiden Kategorien selektiv individuell oder auch antidemokratisch bzw. autoritär umgedeutet werden (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; Cooper 2017; Manow 2024).

Dadurch wird Welzels These eines durch ESW getriebenen demokratischen Zukunftstrends grundsätzlich infrage gestellt. Seit 2006 sind sowohl die Qualität der Demokratie als auch die Zahl liberaler Demokratien kontinuierlich gesunken, wir befinden uns in einer Autokratisierungswelle (vgl. Lührmann & Lindberg 2019: 1096–1101). Zahlreiche Studien gehen zudem von einer weiteren globalen demokratischen Regression aus (vgl. Mitter 2025: 62; Hoffmann-Lange 2024). Diese Erkenntnisse sind zentral, da sie deutlich machen, dass die politikwissenschaftliche Demokratieforschung klarer zwischen den kulturellen, emanzipativen Selbstentfaltungswerten und realfaktischen demokratischen Strukturen und Entwicklungen unterscheiden muss (vgl. Welzel, Kruse & Brunkert 2022; Manow 2024). Sonst wird auf Basis der kontinuierlichen ESW-Steigerungen fälschlicherweise auf eine parallel steigende Demokratiequalität geschlossen (vgl. Bartels 2020).

Der EVI ist entpolitisiert und aus dem Kontext gelöst, da der Index normative Vorstellungen und Ideale misst, ohne deren sozioökonomische Voraussetzungen und ihre faktische Realisierbarkeit zu berücksichtigen. Die ESW können in postmodernen Demokratien neoliberal und autoritär umgedeutet werden. Zusätzlich wird der Index durch hohe ESW-Zustimmungen bei Personengruppen ohne politische Handlungsmacht und/oder das aktive Wahlrecht verzerrt (vgl. Amlinger & Nachtwey 2022; Schäfer & Zürn 2021).

Demokratie kann folglich nicht nur durch individuelle, liberale Werte gemessen werden. Sozioökonomische, kollektive und institutionelle Dimensionen müssen stärker einbezogen werden (vgl. Levitsky & Ziblatt 2024; Bartels 2020). Demokratie kann nicht alleine durch

individuelle Werthaltungen stabilisiert werden, gesellschaftliche Dynamiken verändern sich kontinuierlich und oft unbemerkt. Gerade deshalb benötigt es eine differenzierte, kontextsensitivere Messung demokratischer Qualität (vgl. Welzer 2025).

Trotz dieser Kritik bleibt der EVI ein wichtiges Messinstrument für langfristige kulturelle Trends und Wertvorstellungen, die international miteinander vergleichbar sind. Die Kritik und Weiterentwicklungsmöglichkeiten zielen nicht auf eine Abschaffung des Indexes, sondern auf eine differenziertere und kontextsensiblere Operationalisierung und Anwendung. Diese Befunde sind relevant, weil sie die Aussagekraft des EVI als kulturelle Ressource und Vorbedingung der Demokratie einschränken. Zudem zeigen diese auf, dass normative Fortschrittserzählungen korrigiert werden müssen, um liberale Demokratien differenzierter zu erfassen.

Vor diesem Hintergrund ist in einer auf diesen Erkenntnissen aufbauenden Arbeit eine differenzierte Neuoperationalisierung der ESW-Kategorien sowie der einzelnen Fragen erforderlich. Die normativen Grundannahmen des EVI müssen hinterfragt und in ihrer Aussagekraft kontextsensibler angewendet werden. Mit der kritischen Analyse des EVI und der Entwicklung von Reformansätzen liefert diese Arbeit Impulse für eine Debatte über eine umfassendere Messung demokratischer Einstellungen und eindeutigerer prodemokratische Wertorientierungen. Sie zeigt dadurch, dass Demokratie nicht nur eine Frage individueller Selbstverwirklichung, sondern auch von kollektiver Teilhabe, gegenseitigem Respekt und Anerkennung sowie institutioneller Absicherung ist. Diese Perspektive wird in der zukünftigen Demokratieforschung unverzichtbar sein.

Literaturverzeichnis

- Agarwala, A., & Spiewak, M. (10. Juli 2025). Wenn Vielfalt zu viel wird: Wie sinnvoll ist der Vorschlag für eine Migrationsquote im Klassenzimmer? Was die Forschung weiß. *Die Zeit*(N. 29), S. 33.
- Amlinger, C., & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit : Aspekte des libertären Autoritarismus (Originalausgabe)*. Berlin: Suhrkamp.
- Bale, T., & Kaltwasser, C. (2021). The Mainstream Right in Western Europe: Caught between the Silent Revolution and Silent Counter-Revolution. In T. Bale, & C. R. Kaltwasser, *Riding the Populist Wave: Europe's Mainstream Right in Crisis* (S. 1-37). United Kingdom: Cambridge University Press. doi:<https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1017/9781009006866>
- Bartels, L. (2023). *Democracy Erodes from the Top : Leaders, Citizens, and the Challenge of Populism in Europe*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bittner, J. (19. Januar 2025). Linke gegen rechte Politik: Die Rechts-Links-Schwäche. *Die Zeit*. Von <https://www.zeit.de/2025/03/linke-rechte-politik-usa-rechtsruck-linksruck-demokraten-abgerufen>
- Bröckling, U., & Krasmann, S. (2020). Ni méthode, ni approche; Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien– mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung. *Online verfügbar unter: <https://www.soziologie.uni-freiburg.de/personen/broeckling/dokumente/20-ni-methode-ni-approche.pdf>*.
- Caragine, C. (2018). *Emancipative Values and Democracy: Is a Desire for Freedom a Cause or an Effect of Democracy?* Madison: Drew University. doi:<https://digitalcollections.drew.edu/UniversityArchives/ThesesAndDissertations/CLA/BA/2018/Caragine/openaccess/CMCaragine.pdf>
- Cianetti, L., & Hanley, S. (2021). The End of the Backsliding Paradigm. *Journal of Democracy*, 32 (1), 66-80. doi:10.1353/jod.2021.0001
- Cooper, M. (2017). *Family Values: Between Neoliberalism and the new social conservatism*. New York: Zone Books.
- Dalton, R. (2014). *Citizen politics : public opinion and political parties in advanced industrial democracies*. Los Angeles: Sage [u. a.].
- Dolný, B., & Malová, D. (2023). Missing Ingredients in the Study of CEE Democracies. In P. Guasti, & Z. Mansfeldová, *Democracy under stress: Changing perspectives on democracy, governance and their measurement* (S. 121-140). Springer.
- ESS ERIC. (Juni 2025). *Methodology Overview*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.europeansocialsurvey.org/methodology/methodology-overview>
- EVS. (2022a). *European Values Study 2017: Integrated Dataset (EVS 2017)*. Köln: GESIS. doi:ZA7500 Data file Version 5.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13897>.
- EVS. (2022b). *EVS Trend File 1981–2017. GESIS Data Archive, Köln. ZA7503 Data file Version 3.0.0*. doi:10.4232/1.14021.
- Fischer, T., & Schmitt, S. (1. Januar 2025). Das erste Viertel des 21. Jahrhunderts ist vorbei. Wie hat sich die Welt verändert? Ein Blick auf die Statistiken zeigt: Oft ist man blind für den Wandel, in dem man selbst gerade steckt. *Die Zeit*.

- Fröhlich, P. (2025). *Wer sind die Neuen? Warum junge Menschen bei der Bundestagswahl 2025 erstmalig AfD gewählt haben. Eine Fokusgruppen-Analyse*. Berlin: TTRex – Thinktank Rechtsextremismus und Das Progressive Zentrum. Von https://thinktank-rechtsextremismus.campact.de/wp-content/uploads/sites/13/2025/05/250523_dpz_campact_wer-sind-die-neuen_analyse.pdf abgerufen
- Hepp, G. (10. November 1989). Wertsynthese — Eine Antwort der politischen Bildung auf den Wertwandel. *Aus Politik und Zeitgeschichte*(APuZ 46/1989).
- Hoffmann-Lange, U. (2024). The global development of value orientations, political support and democracy since the 1990s. *Frontiers in Political Science*(Volume 6). doi:<https://doi.org/10.3389/fpos.2024.1323464>
- Inglehart, R. (1997). *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton: Princeton University Press. doi:10.1515/9780691214429
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, cultural change, and democracy : the human development sequence*. Cambridge: Cambridge University Press. doi:10.1017/CBO9780511790881
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2010). Changing Mass Priorities: The Link between Modernization and Democracy. *Cambridge University Press*, 551-567. doi:10.1017/S1537592710001258
- Kirsch, H., & Welzel, C. (2019). Democracy Misunderstood: Authoritarian Notions of Democracy around the Globe. *Social Forces* 98, no. 1, 59-92. doi:<https://doi.org/10.1093/sf/soy114>.
- Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018). *Wie Demokratien sterben : und was wir dagegen tun können* (1. Auflage Ausg.). München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Levitsky, S., Ziblatt, D., & Schmidt, K.-D. (2024). *Die Tyrannei der Minderheit: Warum die amerikanische Demokratie am Abgrund steht und was wir daraus lernen können*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lipset, S. (1959). Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *The American Political Science Review*, 53(1), 69-105. doi:<https://doi.org/10.2307/1951731>
- Lührmann, A., & Lindberg, S. (2019). A third wave of autocratization is here: what is new about it? *Democratization*, 1095-1113. doi:10.1080/13510347.2019.1582029
- Lux, T. (2018). 'Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?'. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 255-273. doi:10.1007/s11577-018-0521-2.
- Manow, P. (2024). *Unter Beobachtung: Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde* (Originalausgabe Ausg.). Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marx, K. (2013). *Das Kapital* (3., überarbeitete Auflage Ausg.). Stuttgart; Paderborn: UTB GmbH W. Fink.
- Maslow, A. (1943). A theory of human motivation. *Psychological Review*(50 (4)), 370-396. doi:<https://doi.org/10.1037/h0054346>

- Mitter, R. (2025). The Once and Future China: How Will Change Come to Beijing? *Foreign Affairs*, 52-65.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash : Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. (1st ed. Ausg.). Cambridge: Cambridge University Press.
- Piketty, T., & Sandel, M. (2025). *Die Kämpfe der Zukunft: Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert* (4. Auflage Ausg.). München: C. H. Beck Verlag.
- Pollack, D. (2016). Modernisierungstheorie – revised: Entwurf einer Theorie moderner Gesellschaften. *Zeitschrift für Soziologie*, no. 45(vol. 4), 219-240. doi:10.1515/zfsoz-2015-1013
- Randahl, D. (2025). Inexorable Force or Dying Wave? The long term trends of democratization and the third wave of autocratization. *University of Gothenburg, Varieties of Democracy Institute: Working Paper No. 152*.
- Rippl, S., & Seipel, C. (2018). 'Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie'. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(2), 237-254. doi:10.1007/s11577-018-0522-1.
- Roberts, K., Bunce, V., Pepinsky, T., & Riedl, R. (2025). Global Challenges to Democracy: Backsliding, Resiliency, and Democratic Theory. In P. T. Bunce VJ, *Global Challenges to Democracy: Comparative Perspectives on Backsliding, Autocracy, and Resilience* (S. 7-32). Cambridge University Press. doi:https://doi.org/10.1017/9781009602570.002
- Roßbach, H., & Roßmann, R. (14. Juli 2025). *Ein Ehrgeizling im freien Fall*. Abgerufen am 16. Juli 2025 von sueddeutsche.de: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/jens-spahn-cdu-brosius-gersdorf-friedrich-merz-e145177/?reduced=true>
- Samuels, D. (2023). The International Context of Democratic Backsliding: Rethinking the Role of Third Wave "Prodemocracy" Global Actors. *Perspectives on Politics*, 21 (3), 1001-1012. doi:10.1017/S1537592722003334
- Schäfer, A., & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression: Die politischen Ursachen des autoritären Populismus* (Originalausgabe Ausg.). Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Sokolov, B. (2018). The Index of Emancipative Values: Measurement Model. *American Political Science Review*, 395-408. doi:https://doi.org/10.1017/S0003055417000624
- Stadt Wien. (2023). *Integrationsmonitor 2023: Gleichstellung & Partizipation - Fehlendes Wahlrecht und Demokratiedefizit*. Abgerufen am 15. Juli 2025 von wien.gv.at: https://www.wien.gv.at/spezial/integrationsmonitor/gleichstellung-and-partizipation/fehlendes-wahlrecht-und-demokratiedefizit/?utm_source=chatgpt.com
- Tocqueville, A. (2003). *Influence of Democracy on Customs As Such* (Bde. Part II, Book III). London: Penguin Classics.
- Ulbricht, C. (2020). Forschungsnotiz: Modernisierungsverlierer - eine Begriffsgeschichte. *Zeitschrift für Soziologie*, S. 265-272. doi:10.1515/zfsoz-2020-0023
- Weber, M. (1922). *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Vol. I: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus; Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus; Die Wirtschaftsethik der Weltreligion*. Tübingen: Verlag von J. C. B. Mohr.

- Wegscheider, C., & Mauk, M. (2024). Capable but Not Empowered? How Emancipative Values Affect Protest Participation Across Different Contexts. *Political Studies*, 391-411.
doi:<https://doi.org/10.1177/00323217241247377>
- Wegscheider, C., & Mauk, M. (2025). Capable but Not Empowered? How Emancipative Values Affect Protest Participation Across Different Contexts. *Political Studies*(Volume 73, Issue 1), 391-411.
doi:<https://doi.org/10.1177/00323217241247377>
- Welzel, C. (2013). *Freedom rising: human empowerment and the quest for emancipation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Welzel, C. (2021). Why The Future Is Democratic. *Journal of democracy*, 132-144.
doi:10.1353/jod.2021.0024
- Welzel, C., Kruse, S., & Brunkert, L. (2022). Why The Future Is (Still) Democratic. *Journal of democracy*, 156-162. doi:10.1353/jod.2022.0011
- Welzer, H. (15. September 2025). Regierung: "Der Taschenspielertrick mit Bärbel Bas wird nicht funktionieren". (S. Prange, Interviewer) Abgerufen am 15. September 2025 von <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/regierung-der-taschenspielertrick-mit-baerbel-bas-wird-nicht-funktionieren/100152980.html>
- Wilde, P. d., Koopmans, R., Merkel, W., Strijbis, O., & Zürn, M. (2019). *The Struggle over Borders : Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wolkenstein, F. (2023). What is democratic backsliding? *Constellations (Oxford, England)*, 30(3), 261-275. doi:10.1111/1467-8675.12627
- WVS. (7. November 2015). *Cultural map changing over time*. Abgerufen am 20. Juni 2025 von World Value Survey:
https://www.worldvaluessurvey.org/WVSNewsShow.jsp?ID=223&utm_source=chatgpt.com